Nr. 224. Halle a. S., Freitag den 23. September 1904. 15. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
✚
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.86 Mk. exkl. Bestellgeld.
✚
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.
✚
Telephon Nr. 1047.
Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, Partei- u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
✚
Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
✚
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Expedition: Geiststr. 21, Hof 2 Tr. Redaktion: Geiststr. 21, Hof 2 Tr.

Nochmals die Schulfrage.

Mußte auch der Bremer Parteitag die Behandlung der Schulfrage ablehnen, weil die Frage, wenn sie einmal erörtert wird eine ganz gründliche und ausführliche Besprechung finden muß,' so kann doch nicht oft genug die allgemeine Aufmerksamkeit auf diese Frage gelenkt werden. Nun sagte Genosse Bebel, wenn der preußische Landtag im kommenden Winter vor ein Schulgesetz im Sinne des Kompromisses gestellt würde, dann müßten die Liberalen, wie vor einem Dutzend Jahren gegenüber dem Zedlitzschen Entwurfe, gegen das Gesetz Stellung nehmen und namentlich die Konfessionsschule bekämpfen. Dieser Kampf werde wahrscheinlich so viel Erfolg haben, daß die Schulfrage in diesem Winter vom preußischen Abgeordnetenhaus nicht erledigt werden könne, und dann habe unser nächster Parteitag immer noch Gelegenheit, einzugreifen.

Diese Hoffnung ist mit einem recht großen Fragezeichen zu versehen. Mit Recht erinnert die Frankf. Volksst. daran, daß sich die Nationalliberalen schon beim Zedlitzschen Schulgesetzentwurf sehr zweideutig und lax zur Einführung der allgemeinen Konfessionsschule gestellt haben, wie das genaue Studium der damaligen Verhandlungen ergibt. Dann aber sind sie doch die direkten Miturheber des reaktionären Gesetzentwurfes, der nach der neuesten offiziösen Meldung aus Berlin dem Landtag sofort nach seinem Zusammentritt am 25. Oktober zugehen wird. Das berüchtigte Schulkompromiß vom 13. Mai d. J., dessen „gesetzliche Ausgestaltung" der bevorstehende Regierungsentwurf nach derselben Quelle bringen wird, kam ja gerade durch die Zustimmung der Nationalliberalen im preußischen Abgeordnetenhause zu stande. Und Leitsatz c dieses Kompromisses hieß bekanntlich: „erreicht die Zahl der schulpflichtigen Kinder einer konfessionellen Minderheit eine angemessene Höhe, so hat diese Minderheit den Anspruch auf Einrichtung einer Schule ihrer Konfession." Und von denselben Nationalliberalen, die dieses Attentat auf die Volksschule am 13. Mai mitgefordert haben, sollen wir erwarten, daß sie nach dem 25. Oktober plötzlich Kehrt machen und ihr eigenes Kind verleugnen und bekämpfen? Mit welcher Wahrscheinlichkeit sollen wir das erwarten?

Alles, was inzwischen vorgegangen ist, spricht gegen diese Annahme. Den jungliberalen Sturm gegen den Volksschulverrat der Alten hat man bekanntlich im nationalliberalen Lager sich ruhig abflauen lassen, bis er ein unschuldiges Windchen geworden war. Als dann kürzlich die Jungliberalen ihren Vertretertag in Leipzig nach eingetretener gründlicher Beruhigung abhalten durften, wurden sie von der nationalliberalen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses hochmütig geschnitten, obgleich sie nur noch ein lendenlahmes Schulprogramm aufstellten. Der preußische Delegiertentag der maßgebenden Alten von der nationalliberalen Partei ist ebenfalls immer wieder verschoben worden, was doch wahrhaftig nicht danach aussieht, als sollten etwa die Schulkompromißler desavouiert werden. Der nationalliberalen Presse ist es inzwischen ebenfalls nicht im Traume eingefallen, die Sünder abzuschütteln; sie hat dieselben vielmehr mit den unehrlichsten Winkelzügen verteidigt und ihren Lesern noch bis zuletzt Sand in die Augen zu streuen gesucht. Woher also die Hoffnung auf eine Umkehr oder gar auf einen Kampf gegen das kommende Konfessionsschulgesetz? Diese Hoffnung wird nur von einigen freisinnigen Versammlungen geteilt, wie wir aus der Presse der letzten Tage ersehen, und der Freisinn samt seinem Berliner Rektor Kopsch war ja selbst in der Sache nicht hasenrein.

Außerdem kann die Frankf. Volksst. jetzt, wo die Entscheidung herannaht und manche Genossen noch zögern, Stellung zu nehmen, folgende authentische Mitteilung machen. Ein hoher preußischer Verwaltungsbeamter hat in Verhandlungen mit einer großen preußischen Stadt, die gar nicht weit zurückliegen, zur schwebenden Schulfrage ganz offen geäußert, die Konfessionsschule „biete in den großen Städten und Industriezentren mit ihrer fluktuierenden Bevölkerung das **einzige Mittel**, um die **Massen** in Verbindung mit und unter Einwirkung durch die **Kirche zu erhalten**". Mit anderen Worten: die in den nächsten Wochen im preußischen Landtage zu erwartende Schulnovelle ist weiter nichts, als eine kleine Umsturzvorlage unter täuschender oder auch nicht täuschender Verkleidung, ein antisozialdemokratischer Entwurf, der geboren ist aus der Vereinigung von nationalliberalen Schlotbaronen, konservativen Junkern und Pfaffen unter der Aegide der preußischen Regierung. Man hofft noch immer, uns durch solche Versuche die „Massen" entreißen und „unter der Einwirkung der Kirche erhalten" zu können.

Was schon in Bremen angeregt wurde, nämlich eine besondere Zusammenkunft der preußischen Delegierten behufs Stellungnahme zur Schulfrage, wird sich nicht mehr ausführen lassen. Aber notwendig ist es, daß in den nächsten Monaten in allen größeren Städten, wenn möglich auch auf dem Lande die Arbeiter Stellung zur Schulfrage nehmen.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Bremen, den 20. September 1904.

Schluß der Sitzung vom Dienstag-Nachmittag.

Parlamentarische Tätigkeit.

Den Bericht erstattet Abg. Ledebour: Mit Rücksicht auf den gedruckt vorliegenden Bericht verzichte ich auf eine nochmalige Darlegung unserer Tätigkeit. Ich will vielmehr nur auf die nach Schluß der Session gegen uns erhobenen Vorwürfe eingehen. Vorher aber muß ich noch den Fall Schippel besprechen, der durch einen Fraktionsbeschluß in Fluß gebracht worden ist. Als ich Ende Juni meinen schriftlichen Bericht abschloß, war Genosse Schippel meines Erachtens noch nicht über die Einleitung hinaus. Schippel hielt diese Artikel freilich für den Hauptteil und kam kurz danach zu dem Schluß, der mir Veranlassung gab, wenigstens nach der formalen Seite darauf einzugehen. Wollte man Schippels Darstellung annehmen, so müßte man annehmen, daß er in den letzten Monaten und Jahren mit der Ruhe eines Weisen sozialpolitische Fragen studiert und die Partei als getreuer Eckehart davor gewarnt habe, sich von den Freihandelsburschen umgarnen zu lassen. Schließlich hätten einige Stänker, Krakeeler und Kindsköpfe wegen eines rein wissenschaftlichen Vortrages im geschlossenen Kreise ihn des Parteiverrats geziehen, und die Partei habe sich dann verleiten lassen, ihm die Frage vorzulegen, die er dann auf 47 Spalten beantwortet hat. Aber in Wahrheit steht es so: Wenn jemals die Fraktion die Massen in Bewegung gebracht, jemals ihre Schuldigkeit getan hat, so bei der Schroffheit und Unerbittlichkeit, mit der sie die Zollerhöhung bekämpft hat. Die bürgerliche Zollpolitik, prinzipiell keine der wichtigsten Fragen für unsere Partei, war doch in den letzten Jahren der Hauptgegenstand der Kämpfe unserer Fraktion. Während dieser Kämpfe hat sich Schippel völlig passiv verhalten. Er hat niemals in die Debatte eingegriffen, niemals sich an den Kommissionsverhandlungen beteiligt, obwohl er nach Wissen und Können der Berufensten einer gewesen wäre. Niemand verlangt, daß er seine Ueberzeugung verleugne, und es scheint, als ob er sich damit rechtfertigen wollte, daß er bei seiner abweichenden Meinung eben geschwiegen hätte. Aber er hat nicht geschwiegen. Er hat außerhalb des Reichstages in Schriften die Argumente dargestellt, die von den Interessenten für den Schutzzoll geltend gemacht werden. Nun sagt er, man müsse die Parteigenossen über die Anschauungen der Gegner aufklären. Gewiß, aber als Sozialdemokrat hätte er doch auch die Pflicht gehabt, dazuzusetzen, weshalb wir die gegnerischen Anschauungen nicht akzeptieren können (Zuruf Bebels: Sehr richtig!), in welchem Punkte sie töricht sind. Nun wurde Schippel auch von unseren Gegnern als Agrarschutzzöllner angesprochen, insbesondere vom Freiherrn v. Heyl, der zu seinen hervorragendsten Bewunderern gehört. Schippel schwieg. Ich mußte immer an die Schilderung der Sphinx im zweiten Teil von Goethes Faust denken:

Sitzend vor den Pyramiden,
Zu der Völker Hochgericht,
Ueberschwemmung, Krieg und Frieden
Und verziehen kein Gesicht.

(Große Heiterkeit.) Aber auch andere Parteigenossen fühlten sich bewogen, ihn zu verteidigen, indem sie darauf hinwiesen, daß er den Fraktionsaufruf mitunterschrieben hätte, der in flammenden Worten der Entrüstung den Zollwucher brandmarkte. Schippel hat geschwiegen. (Große Heiterkeit.) Den unmittelbaren Anlaß zu der Aufforderung der Fraktion gab ein etwas ausführlicher Bericht über eine Versammlung im dritten Kreise Berlins, zu der, wie ich feststelle, jedermann Zutritt hatte. Uebrigens ist gerade in Zollfragen wohl nur ein kleiner Teil selbst der Parteigenossen befähigt, die Darstellung einer solchen Autorität wie Schippel so zu ergänzen, daß sich ein unserer Anschauung nach richtiges Bild ergibt. Jedenfalls entstand selbst bei den Freunden Schippels die größte Verwirrung. Das weiß vor allem Genosse August Enders in Chemnitz, der sich unter den Erziehungskünsten seines Abgeordneten, Lehrers und Führers Schippel zum Agrarzöllner durchgemausert hat (Heiterkeit) und bei diesem dieselbe Entwicklung annahm. Der unhaltbare Unterschied, den Enders zwischen Schutz- und Erhaltungszöllen einerseits und Bereicherungszöllen andererseits macht, ist wohl nur ein letzter Rest von freihändlerischen Anwandlungen. Die Fraktion glaubte, daß Schippel mit seiner inneren agrarischen schutzzöllnerischen Auffassung nicht recht herausrücken wollte, wenn es mir auch bis zu einem gewissen Grade ein psychologisches Rätsel war. (Heiterkeit.) Daß unsere Aufforderung so lange gedauert hat, ist nur ein Zeichen unserer Toleranz.

Bei den scharfen Polemiken zwischen Kautsky, der dem armen Schippel wie ein Alp auf der Seele liegt, und Schippel

---

44 (Nachdruck verboten.)

Die Waffen nieder!

Eine Lebensgeschichte von Berta v. Suttner.

Am 1. Juni erklärt Preußen dem Bundestage, es werde sofort abrüsten, wenn Oestreich und das Königreich Sachsen das Beispiel geben. Dagegen erfolgt von Wien geradeheraus die Anschuldigung, daß Preußen schon lange mit Italien einen Angriff auf Oestreich geplant habe, weshalb letzteres sich nunmehr ganz dem deutschen Bund in die Arme werfen wolle, um diesen aufzufordern, die Entscheidung in Sachen der Elbherzogtümer zu übernehmen. Gleichzeitig wolle es die holsteinischen Stände einberufen.

Gegen diese Erklärung legte Preußen Protest ein, weil dieselbe gegen den Gasteiner Vertrag verstoße. Damit sei zum Wiener Vertrag zurückgekehrt, nämlich zum gemeinschaftlichen Condominat; folglich habe Preußen auch das Recht, Holstein zu besetzen, wie es seinerseits den Oestreichern den Besitz Schleswigs nicht verwehre. Und zugleich rücken die Preußen in Holstein ein. Gablenz weicht ohne Schwertstreich, aber unter Protest zurück.

Vorher hat Bismarck in einem Rundschreiben gesagt: Von Wien hatten wir gar kein Entgegenkommen gefunden. Im Gegenteil: es waren dem Könige von authentischer Quelle Auslassungen von östreichischen Staatsmännern und Ratgebern des Kaisers zu Ohren gekommen (Tritschtratsch), welche beweisen, daß die Minister den Krieg um jeden Preis wünschen (Völkermord wünschen: welche furchtbare Verbrechensanklage!), teils auf Erfolg im Felde hoffend, teils, um über innere Streitigkeiten hinwegzukommen, und um den eigenen zerrütteten Finanzen durch preußische Kontribution aufzuhelfen. (Staatsklugheit.)

Unterm 9. Juni erklärt Preußen dem Bundestag, derselbe habe kein Recht zur alleinigen Entscheidung in der schleswig-holsteinischen Frage. Ein neuer Bundesreformplan wird vorgelegt, nach welchem die Niederlande und Oestreich ausgeschlossen bleiben sollen.

Die Presse ist nunmehr ganz kriegerisch und zwar, wie dies patriotische Sitte ist, siegesgewiß. Die Möglichkeit einer Niederlage muß für den loyalen Untertan, den sein Fürst zum Kampfe ruft, völlig ausgeschlossen sein. Verschiedene Leitartikel malen den bevorstehenden Einzug Benedeks in Berlin aus, sowie die Plünderung dieser Stadt durch die Kroaten. Einige empfehlen auch, Preußens Hauptstadt dem Erdboden gleich zu machen. „Plünderung", „Erdboden gleich machen", „über die Klinge springen lassen" — diese Worte entsprechen zwar nicht mehr dem neuzeitlichen Völkerrechtsbewußtsein, sie sind aber, von den Schulstudien der alten Kriegsgeschichte her, an den Leuten hängen geblieben; derlei ward in den auswendig gelernten Schlachtberichten so oft hergesagt, in den deutschen Aufsätzen so oft niedergeschrieben, daß, wenn nun über das Thema Krieg Zeitungsartikel verfaßt werden sollen, solche Worte von selber in die Feder fließen. Die Verachtung des Feindes kann nicht drastisch genug ausgedrückt werden; für die preußischen Truppen haben die Wiener Zeitungen keine andere Bezeichnung mehr, als „die Schneidergesellen". General-Adjutant Graf Grünne hat geäußert: „Diese Preußen werden wir mit nassen Fetzen verjagen". Mit derlei macht man einen Krieg eben „populär". So etwas kräftigt das nationale Selbstgefühl.

11. Juni Oestreich verlangt, der Bund solle gegen die preußische Selbsthilfe in Holstein einschreiten und das ganze Bundesheer mobil machen. Am 14. Juni wird über diesen Antrag abgestimmt und mit neun gegen sechs Stimmen angenommen. O, diese drei Stimmen! Wie viel Jammer- und Wehgeheul hat diesen drei Stimmen als Echo nachgedröhnt!

Es ist geschehen. Die Gesandten erhalten ihre Pässe. Am 16. fordert der Bund Oestreich und Bayern auf, den Hannoveranern und Sachsen, welche bereits von Preußen angegriffen seien, zu Hilfe zu kommen.

Am 18. ergeht das preußische Kriegsmanifest. Zu gleicher Zeit das Manifest des Kaisers von Oestreich an sein Volk und die Proklamation Benedeks an seine Truppen. Am 22. erläßt Prinz Friedrich Karl einen Armeebefehl und eröffnet damit den Krieg. Ich habe die vier Urkunden zur Zeit abgeschrieben; hier sind sie:

König Wilhelm sagt:

„Oestreich will nicht vergessen, daß seine Fürsten einst Deutschland beherrschten, will im jungen Preußen keinen Bundesgenossen, sondern nur einen feindlichen Nebenbuhler erkennen. Preußen, meint es, sei in allen seinen Bestrebungen zu bekämpfen, weil, was Preußen frommt, Oestreich schade. Alte, unselige Eifersucht ist in hellen Flammen wieder aufgelodert; Preußen soll geschwächt, vernichtet, entehrt werden. Ihm gegenüber gelten keine Verträge mehr. Wohin wir in Deutschland schauen, sind wir von Feinden umgeben, und deren Kampfgeschrei ist Erniedrigung Preußens. Bis zum letzten Augenblick habe ich die Wege zu gütigem Ausgleich gesucht und offen gehalten — Oestreich wollte nicht."

Dagegen läßt sich Kaiser Franz Joseph also vernehmen:

„Die neuesten Ereignisse erweisen es unwiderleglich, daß Preußen nun offen Gewalt an Stelle des Rechtes setzt. So ist der unheilvollste Krieg — ein Krieg Deutscher gegen Deutsche — unvermeidlich geworden! Zur Verantwortung all des Unglücks, das er über einzelne, Familien, Gegenden und Länder bringen wird, rufe ich diejenigen, welche ihn herbeigeführt, vor den Richterstuhl der Geschichte und des ewigen allmächtigen Gottes."

Immer der „andere" ist der Kriegwünschende. Immer dem „anderen" wird vorgeworfen, daß er Gewalt an Stelle des Rechtes setzen will. Warum ist es denn überhaupt noch völkerrechtlich möglich, daß dies geschehe? Ein „unheilvoller Krieg", weil „Deutsche gegen Deutsche". Ganz richtig: es ist schon ein höherer Standpunkt, der über „Preußen" und „Oestreich" den weiteren Begriff „Deutschland" erhebt — aber nur noch einen Schritt: und es wäre jene noch höhere Einheit erreicht, in deren Licht jeder Krieg — Menschen gegen Menschen, namentlich zivilisierte gegen zivilisierte — als unheilvoller Bruderkrieg erscheinen müßte. Und vor den „Richterstuhl der Geschichte" rufen — was nützt das? Die Geschichte, wie sie bisher geschrieben wurde, hat noch niemals anders gerichtet, als daß sie den Erfolge huldigte. Derjenige, der aus dem Kriege als Sieger hervorgeht, vor dem fällt die historikerskribbelnde Gilde in den Staub und preist ihn als den Erfüller einer „Kulturmission". Und „vor dem Richterstuhl Gottes, des Allmächtigen"? Ja, ist es denn dieser selber nicht, der stets als der Lenker der Schlachten hingestellt wird — geschieht denn mit dem Ausbruch sowohl als mit dem Ausgang jedes Krieges nicht eben dieses Allmächtigen unverrückbarer Wille? O Widerspruch über Widerspruch! Ein solcher muß sich eben überall einstellen, wo unter Phrasen die Wahrheit versteckt werden soll, wo man zwei einander aufhebende Prinzipien — wie Krieg und Gerechtigkeit, wie Völkerhaß und Menschlichkeit, wie Gott

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219040923-18/fragment/page=0001

in den letzten Jahren hat die Fraktion nie eingegriffen. Aber dieser letzte Tropfen hat den Becher zum Ueberlaufen gebracht, (Sehr richtig!) und Schippel darf sich nicht beschweren, daß es schließlich nur ein Tropfen war, der den von ihm seit Jahren gefüllten Becher zum Ueberlaufen gebracht hat. (Bebel ruft: Sehr richtig!) Wir wollten endlich Klarheit haben, wie es sich vereinigen ließe, daß Schippel im Reichstags-Handbuch und im Fraktionsaufruf gegen Zölle auftritt, während er durch seine Argumente in Versammlungen und Schriften nur den Gegnern nützt. Schippel hat gegenüber einer allerdings auch falschen Darlegung Kautskys am 15. September in der Chemnitzer Volksstimme erklärt, er habe der Fraktion angeboten, die ganze Sache durch eine kurze Erklärung aus der Welt zu schaffen, und dieser Antrag sei aus Geschäftsordnungsrücksichten gefallen. Ganz recht, aber er wäre auch sonst abgelehnt worden. Denn eine kurze Erklärung, daß er nach wie vor auf dem Standpunkt des Fraktionsaufrufes stehe, hatte Schippel schon abgegeben. Aber wir verlangten eine klare, unanfechtbare Erklärung Schippels vor der Masse der Parteigenossen. Hätten wir Schippel schon so gekannt wie jetzt, hätten wir vielleicht die Frage so gestellt: Wie vereinbart Genosse Schippel die Tatsache, daß er im Reichstage die Stellungnahme der Fraktion im Zollkampfe unterstützte, mit der andern Tatsache, daß er seit Jahren mit Argumenten operiert hat, die nur den Gegnern zu gute kommen? Schippel hat sich mit dem Gleichmute, der ihn auszeichnet (Heiterkeit), überlegt, ob er antworten solle. Schließlich hat er geantwortet, aber die Antwort, die er gegeben hat, war nicht die, die wir erwartet haben. Er hat alle schutzzöllnerischen Parteigenossen aus der Vergangenheit und Gegenwart zitiert, aber wir sollten ja seine Anschauungen kennen lernen. Die mußten wir schon im Interesse der Genossen im Lande draußen kennen lernen, die in den Zollfragen mit den Gegnern aufeinander geraten und denen dann der große Nationalökonom Schippel als Knüppel zwischen die Beine geworfen wird. (Sehr richtig!) Wenn Schippel plötzlich am Schlusse sagt: „Ich habe nie daran gedacht, Agrarschutzzöllner zu sein", so verhöhnt er die ganze Partei, seine besten Freunde. Was er eigentlich denkt, weiß ich nicht; er ist eben ein psychologisches Rätsel, und ich kann mich in einen so merkwürdig geschraubten Seelenzustand nicht hineinversetzen. Aber bei andern Leuten würde ich annehmen, daß sie sich aus einem höchst peinlichen Zwiespalt zwischen den Pflichten eines sozialdemokratischen Abgeordneten und seinen inneren Ueberzeugungen herauszureden sucht und die, die seine Widersprüche festgenagelt haben, mit allerlei Schmeichelreden überhäuft. Ich kann für meine Person — die Fraktion war ja seitdem nicht zusammen — erklären, daß Schippel die Frage, vor die er gestellt worden ist, nicht beantwortet hat. (Sehr richtig!) In 47 Spalten ist Schippel uns die Antwort schuldig geblieben. Was er getan, ist das, daß er die Fraktion verhöhnt hat. (Sehr richtig!) Nun, Schippel wird ja hier noch Gelegenheit haben, sich auszusprechen und wir werden ja sehen, ob seine Erklärungen uns befriedigen.

Noch eins. In der gestrigen Nummer des Neuen Montagsblattes wird vom Genossen Eduard Bernstein die ganze Schippel-Frage mit meisterhaftem Geschick auf den Kopf gestellt. Er sucht sie darauf hinauszuspielen, als ob es sich hier um einen Eingriff in die Meinungsfreiheit handle. Niemandes Meinungsfreiheit soll beschränkt werden. (Bebel: Sehr richtig!) Aber schließlich schreibt auch Bernstein: „Aus wissenschaftlichen Prinzipien sollen die Regeln für das Handeln der Partei bestimmt werden. Darum müssen wir den größten Mut der Meinungsfreiheit ehren und ihn fördern, wo er schwach ist." Ganz richtig, Genosse Bernstein! Aber gerade weil wir vom Genossen Schippel den Mut der Meinungsfreiheit verlangten, deshalb haben wir ihn aufgefordert, endlich seine eigene Meinung klar und unzweideutig zu sagen. (Vielfaches: Sehr richtig!) Das ist Geburtshilfe beim Mut der eigenen Meinung (Heiterkeit), die nun nicht zum Durchbruch kommen will. (Große Heiterkeit.) Das ist ein Kaiserschnitt. (Stürmische Heiterkeit.)

Redner bespricht hierauf die übrigen vorliegenden Anträge. Der Antrag Essen, sämtliche Kolonialforderungen abzulehnen, hat seinen Grund in unserer Stimmenthaltung bei dem Hererokredit. Ueber der Berichterstattung schwebte ein Unstern. Der eine Grund Bebels für die Stimmenthaltung, das Humanitätsgefühl für die Ansiedler, ist in dem Bericht weggelassen worden, und das hat eine üble Wirkung gehabt. Man hat gesagt, die Weißen haben sich gräßlicher Grausamkeiten gegen die Schwarzen schuldig gemacht. Aber doch nicht alle Weißen. Es sind doch nicht bloß Händler, denen alles zuzutrauen war, es gibt auch Ansiedler und Arbeiter drüben. Weiter, die Kolonien sind nun einmal deutscher Besitz. Es sind Landesgenossen hinübergelockt worden. Niemand wird bestreiten, daß die Regierung die Deutschen zu retten verpflichtet war. Diese Rettungspflicht mußten wir anerkennen. Weil aber ein Rachefeldzug unternommen worden ist, konnten wir nicht dafür stimmen. Deshalb haben wir uns der Abstimmung enthalten. Stimmenthaltung von unserer Seite ist erfolgt bei den Kreditbewilligungen für den deutsch-französischen Krieg und beim Dynamitgesetz. Wir sind schroffe Gegner der Kolonialpolitik. Aber es gibt Fälle, wo wir bei Folgeerscheinungen der Kolonialpolitik positiv eingreifen müssen. Der strikt ablehnende Standpunkt ist viel einfacher, Schwierigkeiten macht die Ablehnung nicht. Aber dann dürfen wir auch nicht die schützende Hand über die Opfer der kolonialen Ausbeutung, der Vergewaltigung der Bureaukratie halten. Der Antrag Essen ist unannehmbar. Wir sind schon für Kolonialforderungen eingetreten. Bei den Einzelberatungen für die Ausrüstungen und Finanzierung der ostasiatischen Expedition haben wir, trotz unserer grundsätzlichen Gegnerschaft, die Kosten für die Lazarette bewilligt. Das Zentrum hatte in der Budgetkommission Abstriche beantragt; wir haben diese Abstriche bekämpft und die volle Summe bewilligt aus humanitären Gründen. Das wäre nach Annahme des Antrages Essen unmöglich. Wir haben erklärt, wir würden dafür zu haben sein, um den Negern in Togo das ihnen abgeschwindelte Land zurückzuerstatten. Das wäre in Zukunft auch unmöglich. Ich warne Sie, den Antrag anzunehmen. Sie hindern die Fraktion, helfend einzugreifen, wo es in kolonialen Dingen nötig ist. Ich bedaure, daß die Resolution der Parteigenossen in Pommern

„Der pommersche Parteitag erklärt sich mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion bis auf die Abstimmung bei den Kaufmannsgerichten einverstanden und wünscht, daß die Fraktion ähnlichen sozialpolitischen Gesetzen, soweit dieselben nennenswerte Vorteile für die Arbeiter enthalten, ihre Zustimmung geben möge"

nicht genügend unterstützt worden ist. Ich hätte seine gründliche Ablehnung gewünscht. Aber Genosse Körsten hat den in der Resolution vertretenen Standpunkt auch öffentlich vertreten, und ich kann darauf eingehen. Körsten hat in der Fraktion auch seinen Standpunkt vertreten. Das war sein gutes Recht und stellt ihn in erfreulichen Gegensatz zu Schippel. Die Fraktion hat Körstens Standpunkt mit großer Mehrheit verworfen. Wir haben das Gesetz abgelehnt, weil das Frauenstimmrecht abgelehnt und das Wahlrecht für die Männer verkürzt worden war. Mit uns haben die Freisinnige Vereinigung und ein Teil der Freisinnigen Volkspartei gegen das Gesetz gestimmt. Wir können uns nicht an eine Formel binden, jedes Gesetz wegen einiger sozialreformerischer Vorteile anzunehmen. Es können zu große Nachteile damit verbunden sein. Da muß von Fall zu Fall entschieden werden. In der Neuen Zeit hat Timm gefragt, mit welch aggressiven Plänen wir uns in der Fraktion beschäftigt haben. Das können wir nicht verraten. Da muß Genosse Timm warten, bis wir handeln. Timm irrt sich aber sehr, wenn er uns für defensiv hält. Unsere Kritik ist sehr aggressiv. So lange wir in der Minderheit sind, haben die Regierung und die Mehrheit es in der Hand, den Kampfplatz zu bestimmen. Sein Verlangen nach einem Heimarbeiterschutzgesetz ist ganz berechtigt. Wir wünschen es auch, haben es auch versucht. Auf einen Hieb ist aber der Baum nicht gefallen. Wir werden die Frage des Heimarbeiterschutzes, sobald es die parlamentarische Lage zuläßt, im Reichstag mittelst einer Resolution aufrollen. Timm irrt sich, wenn er glaubt, der Einfluß der Sozialdemokratie auf die Gesetzgebung ist geringer geworden. Er war noch niemals so groß wie jetzt. Timm meint vielleicht, früher waren die Gegner persönlich uns gegenüber wohlwollender als jetzt. Aber das ist kein Gradmesser für unsern Einfluß. Unser Einfluß beruht auf der Furcht vor unserm Wachstum, vor der Ueberschwemmung mit der sozialdemokratischen Flutwelle. Diese Sturmflut herbeizuführen, arbeiten wir unablässig. An Selbstkritik fehlt es uns nicht. Und darin liegt die Bürgschaft, daß der Einfluß der Partei nicht schwindet. Die Fraktion wurzelt im Mutterboden der Partei, und ich hoffe, daß noch am heutigen Tag das Wort Heines von ihr gilt: Der Riese (Antäus) hat wieder die Mutter berührt, und es wuchsen ihm neu die Kräfte.

Dr. Michels-Marburg: In dem Punkte der Ablehnung der Hererokredite hat mich Ledebour nicht überzeugt. Menschenleben kann man nicht retten, indem man Menschenleben preisgibt und Tausende Soldaten den Geschossen und Tropenkrankheiten überliefert. Auch zu einem anderen Punkte möchte ich sprechen. Es betrifft die Rede, die Bebel in der 51. Sitzung des Reichstages gehalten hat, in der er sagte, wenn die Existenz Deutschlands auf dem Spiele stände, würde der letzte Sozialdemokrat mit ins Feld ziehen, auch die Sozialdemokratie würde keinen Fetzen Landes von Deutschland preisgeben. Ich war damals gerade im Auslande und habe sehr viele Zuschriften erhalten, teils sympathisierend, teils aber auch von organisierten Genossen, die der Meinung Ausdruck gaben, Bebel sei schon nationalsozial geworden. (Lachen.) Ich habe geantwortet: Nein, Bebel ist eine wundervolle Stradivarigeige, und nur manchmal setzt der Bogen auf einer falschen Saite an und der Ton ist dann eine Schwingung zu hoch. (Heiterkeit.) Den Satz: Wir werden nie einen Fetzen Landes von Deutschland herausgeben, halte ich nicht für richtig. Er steht im Widerspruche mit unserm Parteiprogramm, nach dem wir das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkennen müssen. Bebel hätte recht, wenn Deutschland ein geschlossenes Land wäre, das ist aber nicht der Fall. Es wohnen bei uns nicht nur Deutsche, sondern Dänen, Franzosen und Polen. Der Fall kann ja praktisch werden, wenn man es mit der Hakatistenpolitik so weiter treibt: Nehmen wir an, es kommt zu einem Volksaufstand in Polen. (Glocke des Vorsitzenden.) Müssen wir da nicht mit den Polen gehen? Müssen unsere Sympathien nicht mit den Polen gehen, die für ihre Nationalität bis zum letzten Blutstropfen kämpfen. (Erneutes Glockenzeichen.) Meine Zeit ist abgelaufen. (Heiterkeit.) Ich will nur noch sagen: Es darf in unserer Gegnerschaft zur Kolonialpolitik und Militärpolitik keine Ausnahmen geben.

Hoch-Hanau: So sehr ich die Haltung der Fraktion in sozialpolitischen Fragen im allgemeinen als segensreich anerkenne, muß ich doch einige Punkte herausgreifen. Schuld an der Nichtbefriedigung vieler Wünsche ist die Umwandlung der Anträge in Resolutionen, die entgegen wiederholten Versprechungen des Präsidenten nicht behandelt wurden. Vor allem muß ich auf das entschiedenste tadeln, daß die Fraktion nicht wegen des Leipziger Kassenstreiks interpelliert hat. Redner gibt dann eine längere Darstellung dieses Kampfes.

Rollwagen-Augsburg begründet den Antrag seines Kreises. Der Staat tue nichts für die Leichenbestattung, obwohl er doch verlange, daß der neugeborene Erdenbürger für sein Zivilstandsregister angemeldet werde. Nicht Kampf gegen die Kirche, sondern Wahrung der Gewissensfreiheit und Rücksicht auf den Wunsch der Verstorbenen leite ihn bei diesem Antrag. Der vereinzelte Freigeist auf dem platten Land, während des Lebens verachtet, werde verscharrt wie ein Kadaver, während in der Großstadt die Solidarität der aufgeklärten Geister helfend eingreife. Aber die Kirche versage auch häufig, z. B. bei Mischehen, die Beerdigung. So werde oft noch in der Agonie der Geistliche gerufen, um den Anschein einer Aussöhnung zu erwecken. Dritter Grund sei die wachsende Selbstmordstatistik. Wir sehen im Selbstmörder keinen Verbrecher und wünschen ihn nicht mehr beschimpft zu sehen. Aus allen diesen Gründen empfehle sich die Einführung des obligatorischen Zivilbegräbnisses.

Abg. Lipinski-Leipzig polemisiert gegen Hoch. Die Fraktion habe nach gründlicher Kommissionsberatung und in Uebereinstimmung mit den Leipziger führenden Genossen von einer Interpellation Abstand genommen. Dann verteidigt Redner gegenüber den Einwürfen Körstens die ablehnende Stellung der Fraktion zum Entwurf betr. die Kaufmannsgerichte.

Düwell-Essen: Wir befürchten die Konsequenzen der Stimmenthaltungen in der Hererofrage. Mit denselben Gründen könnte man neue Geschütze zur Abwehr etwaiger Invasionen Frankreichs oder Erziehungszölle für niedergehende Industrien bewilligen. Jedenfalls muß es auch gegenüber der Kolonialpolitik heißen: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen.

Unter ausführlicher Darlegung der Schädigung der deutschen Zollpolitik, die die Fertigindustrie geradezu hindere, bittet der Redner die Fraktion, es bei den Handelsverträgen wieder mit der Obstruktion zu versuchen.

Abg. Körsten: Es ist mir ein längst empfundenes Bedürfnis, zu der von mir angeregten Frage mich auszusprechen. Ich hoffe, daß der Parteitag die Meinungsfreiheit achten wird. Wenn man auch nicht den Mut hat, es zum Ausdruck zu bringen, denken doch viele mit mir. In den rückständigen Landesteilen wird uns durch diese Abstimmungen die Agitation sehr erschwert. Sie sollten mal die Hinterpommern kennen lernen (Große Heiterkeit), wie sie mit allen Ehrenzeichen geschmückt zur Wahl kommen und der Polizist mit in das Hoch auf die Sozialdemokratie einstimmt. (Große Heiterkeit.) Wir können unsere Wähler nicht aufklären; denn weder die Presse noch Versammlungsräume stehen uns ausreichend zur Verfügung. Nur die Sozialpolitik ist der Kitt, der die Leute an uns fesselt. Kämen wir gleich mit dem Achtstundentag, so wäre es mit unsern Stimmen vorbei. (Große Unruhe.) Durch die gelegentliche Abstimmung gegen Sozialgesetze verlieren wir Tausende von Stimmen. Dabei könnte die Partei ihren Standpunkt ruhig mit aller Schärfe zum Ausdruck bringen und doch dafür stimmen. Und in der Tat haben wir für Gesetze gestimmt, die weniger brachten als das Gesetz über die Kaufmannsgerichte. Auf das Frauenstimmrecht wollte die Fraktion verzichten, wenn die Altersgrenze von 21 Jahren erhalten bliebe. Brauchten wir dafür sorgen, daß genügend Leute mit 25 Jahren vorhanden waren, um das Gesetz durchzuführen. (Zuruf: Aber Sie hätten da dafür stimmen können.) Die Kaufleute verlangten, daß wir für das Gesetz stimmten. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Abg. Bebel: Gegenüber den Handelsverträgen können wir schon deshalb nicht zur Obstruktion verpflichtet werden, weil bei den Handelsverträgen keine Detailberatung stattfindet, sondern sie im ganzen angenommen oder abgelehnt werden müssen. (Sehr richtig!)

Körsten hat nun hier die ganze Frage unserer Stellung zur Sozialreform aufgerollt. Nach seiner Auffassung müßte die Partei immer auf die rückständigsten Wahlkreise Rücksicht nehmen, und was sie für angemessen halten, zur Grundlage der Taktik machen. Bisher haben wir es als unsere Aufgabe angesehen, die rückständigen Wahlkreise zu erziehen, und das konnten wir nur vom Standpunkte unseres Prinzipes aus. Alle diese Anklagen, wir hätten gegen die Sozialgesetze gestimmt, haben beim letzten Wahlkampfe gegen uns die entscheidende Rolle gespielt, und das Resultat war, daß unsere Stimmen und Mandate um fast 50 Prozent wuchsen, und ich begreife nicht, wie man angesichts dieser Resultate eine so rückständige reaktionäre Taktik vertreten kann. Wenn das wahr ist, was er sagt, wundere ich mich nur, daß er gewählt worden ist. (Sehr richtig!) Weswegen ich ihn tadele, daß er zugelassen hat, daß Anträge angenommen wurden, die ein Tadelsvotum gegen die Mehrheit seiner Kollegen enthalten. Wenn jeder sich Vertrauens-Resolutionen geben lassen und damit auf den Parteitag kommen wollte, das würden schöne Zustände werden.

Noch einige Worte zum Artikel des Genossen Timm in der Neuen Zeit. Ich freue mich über jede Kritik, besonders, wenn, wie damals, der Parteivorstand etwas abbekommt. Wenn ich nicht Vorstandsmitglied wäre, hätte ich dem längst etwas am Zeuge [illegible] (Heiterkeit.) Aber Timms Kritik ist ungerecht. Sie beruht auf einer Unkenntnis des parlamentarischen Mechanismus, die bei einem so alten Parteigenossen wunderbar ist. Wir haben genug Initiativanträge eingebracht. In den ersten zehn Tagen volle 14. Timm hat keinerlei Beweis dafür, daß unsere Schwäche im Reichstag mit unserer größeren Stärke gewachsen ist. Die zahlreichen Resolutionen, das Wettrennen um die Arbeiterstimmen ist ein Beweis für unsere Stärke. Schließlich war es natürlich ganz gleichgiltig, wie viel Anträge gestellt wurden. Schließlich sind alle Parteien dem Zentrum auf dem illoyalen Wege gefolgt, die Anträge in Resolutionen umzuwandeln; als die übermäßig ausgedehnte Etatsberatung ihre Erledigung doch unmöglich gemacht hatte, ist der Reichstag an der Fülle von 70 bis 80 Resolutionen einfach erstickt. Es wäre Torheit, anzunehmen, daß wir jetzt im Reichstag kommandieren könnten. Wir gebrauchten auch zwei volle Sessionen von 6 Monaten, um alle diese Resolutionen durchzuberaten. Wir kommen aber zu Zuständen, bei denen jede parlamentarische Tätigkeit unmöglich wird. Ich habe deshalb schon in Dresden vor einer Ueberschätzung des Parlamentarismus gewarnt.

Weitere Einwürfe sind gegen unsre Stimmenthaltung in der Frage der Hererokredite erhoben worden. Aber die Erklärung, die von der großen Mehrheit der Fraktion beschlossen worden ist, war durchaus korrekt. Nachdem wir genügend Tatsachen erfahren hatten, haben wir in dritter Lesung gegen die Kredite gestimmt! Weiter meine Erklärung in Bezug auf die Verteidigung des Landes im Falle eines Angriffes. Ich habe mich selbst gewundert über das Aufsehen, das diese Erklärung verursacht hat. Ich habe das vor 24 Jahren im Reichstage erklärt; mein Freund Vollmar ist damals nach einer Debatte zu meiner Meinung gekommen, und wir haben diese Erklärung oft wiederholt. Wären wir 1870 nicht bloß deshalb angegriffen worden, weil Bismarck den französischen Kaiser zur Provokation gezwungen hat, so hätten wir schon 1870 für die Kredite gestimmt. Wir haben uns durchaus korrekt verhalten und die Fraktion hat alle Fragen gründlich beraten. (Beifall.)

Stadthagen verteidigt die Haltung der Fraktion gegen den Vorwurf, daß die Fraktion im Leipziger Aerztestreik keine Interpellation eingebracht habe. Da das Verwaltungsstreitverfahren noch nicht erledigt war, konnte die Interpellation gar nicht eingebracht werden. Körsten hat ganz unrecht. Ich würde meine Wähler gering schätzen, wenn sie mir Vorwürfe machen wollten, nicht alles, was sich sozial nennt, bewilligt zu haben. Ich stehe auf dem Standpunkt: Lieber weniger Wähler, aber mehr Sozialdemokraten. (Beifall.)

Lipinski-Leipzig polemisiert nochmals im Sinne des Vorredners gegen Körsten.

Krasemann-Neuruppin begründet den Antrag, die Fraktion möge auf Beseitigung der für Landarbeiter und Gesinde bestehenden Ausnahmegesetze und Sicherung des Koalitionsrechts für diese Arbeiter hinwirken, mit einer Schilderung des Landarbeiter-Elends.

Hiermit schließt die Diskussion.

In seinem Schlußwort polemisiert

Ledebour noch einmal gegen Körsten. Würden Körstens Ansichten Richtschnur für die Partei, so würden wir keine Oppositionspartei, noch weniger eine revolutionäre Partei, sondern eine Posadowsky-Partei sein. Alle sozialpolitischen Reformen sind nur ein Ausfluß der Angst vor der revolutionären Politik unserer Partei. So wie ich die Partei kenne, ist keine Aussicht vorhanden, daß sie auf die Hinterpommern-Politik Körstens herabsinkt. (Beifall.)

Von den auf die parlamentarische Tätigkeit sich beziehenden Anträgen wird nur der Antrag Niederbarnim angenommen. Der Antrag Essen (Ablehnung aller Kolonial-Forderungen) ist zurückgezogen, die übrigen Anträge werden abgelehnt.

Es folgt nun die Erörterung des Falls Schippel. Hierzu liegt noch die folgende Resolution Paeplow-Hamburg und 25 Genossen vor:

Der Parteitag mißbilligt die Stellungnahme des Genossen Schippel zu den zollpolitischen Fragen und spricht ihm einen Tadel dafür aus, daß er durch seine handelspolitischen Vorträge und Artikel den Schein erweckt hat, als hätten die Agrarier ein Recht auf Lebensmittelzölle.

Außerdem haben Freythaler-Berlin und Genossen folgenden Zusatz zur Resolution Bebel beantragt:

Der Parteitag erklärt weiter, daß das Vertrauen, dessen ein Genosse zur Bekleidung von Vertrauensstellungen in der Partei unbedingt bedarf, gegenüber dem Genossen Schippel aufs tiefste erschüttert ist und daß, wenn Schippel fortführt,

der Liebe und Gott der Schlachten — nebeneinander gleich heilig halten will.

Und Benedek sagt:

„Wir stehen einer Streitmacht gegenüber, die aus zwei Hälften zusammengesetzt ist: Linie und Landwehr. Erstere bilden lauter junge Leute, die, weder an Strapazen und Entbehrungen gewöhnt, niemals eine bedeutende Campagne mitgemacht haben. Letztere besteht aus jetzt unzuverlässigen, mißvergnügten Elementen, die lieber die eigene mißliebige Regierung stürzen, als gegen uns kämpfen möchten. Der Feind hat infolge langer Friedensjahre auch nicht einen einzigen General, der Gelegenheit gehabt hätte, sich auf den Schlachtfeldern heranzubilden. Veteranen von Mincio und Palestro, ich denke, ihr werdet unter euren alten bewährten Führern es euch zur besonderen Ehre rechnen, einem solchen Gegner auch nicht den leisesten Vorteil zu gestatten. Der Feind prahlt seit langer Zeit mit seinem schnellen Kleingewehrfeuer, — aber Leute, ich denke, das soll ihm wenig Nutzen bringen. Wir werden ihm wahrscheinlich keine Zeit dazu lassen, sondern ungesäumt ihm mit Bajonett und Kolben auf den Leib gehen. Sobald mit Gottes Hilfe der Gegner geschlagen und zum Rückzug gezwungen sein wird, werden wir ihm auf dem Fuße folgen und ihr werdet in Feindesland euch ausrasten und diejenigen Erholungen im reichsten Maße in Anspruch nehmen, die sich eine siegreiche Armee mit vollstem Rechte verdient haben wird."

Prinz Friedrich Karl endlich spricht:

„Soldaten! Das treulose bundesbrüchige Oestreich hat ohne Kriegserklärung schon seit einiger Zeit die preußischen Grenzen in Oberschlesien nicht respektiert. Ich hätte also ebenfalls ohne Kriegserklärung die böhmische Grenze überschreiten dürfen. Ich habe es nicht getan. Heute habe ich eine betreffende Kundgebung überreichen lassen und heute betreten wir das feindliche Gebiet, um unser eigenes Land zu schonen. Unser Anfang sei mit Gott. (Ist das derselbe Gott, mit dessen Hilfe Benedek versprochen hat, den Feind mittelst Bajonett und Kolben zurückzuschlagen? . . .) Auf ihn laßt uns unsere Sache stellen, der die Herzen der Menschen lenkt, der die Schicksale der Völker und den Ausgang der Schlachten entscheidet. Wie in der heiligen Schrift geschrieben steht: Laßt eure Herzen zu Gott schlagen und eure Fäuste auf den Feind. In diesem Krieg handelt es sich — ihr wißt es — um Preußens heiligste Güter und um das Fortbestehen unseres teuren Preußens. Der Feind will es ausgesprochenermaßen zerstückeln und erniedrigen. Die Ströme von Blut, welche eure und meine Väter unter Friedrich dem Großen und wir jüngst bei Düppel und auf Alsen vergossen haben, sollten sie umsonst vergossen sein? Nimmermehr! Wir wollen Preußen erhalten wie es ist, und durch Siege kräftiger und mächtiger machen. Wir werden uns unserer Väter würdig zeigen. Wir bauen auf den Gott unserer Väter, der uns gnädig sein und Preußens Waffen segnen möge. Und nun vorwärts mit unserem alten Schlachtruf: Mit Gott für König und Vaterland. Es lebe der König."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219040923-18/fragment/page=0002

wie bisher zum Schaden der Partei zu wirken, er gezwungen sein wird, die Konsequenzen aus seinem Verhalten zu ziehen.

Jentsch-Berlin IV wendet sich gegen Schippel. In der Partei herrscht Meinungsfreiheit. Wenn sich die Partei einmal festgelegt hat, so ist es Pflicht eines diesentierenden Genossen, der Partei keine Steine in den Weg zu legen. Wir haben diesen Grundsatz bei der Frage der Landtagswahlbeteiligung befolgt. Anders Schippel in der Zollfrage. Noch waren die Wogen des Zollkampfes nicht geglättet und Schippel nahm in seinem Vortrage im 3. Wahlkreis dagegen Stellung. Dazu hatte er kein Recht, am wenigsten als Abgeordneter. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Schöpflin-Leipzig: Die Resolution Bebel ist für mich nur annehmbar, wenn auch das Amendement Freythaler angenommen wird. Sonst ist es besser, wir schneiden den Fall gar nicht an. Mit Schippel muß einmal ein ernstes Wort gesprochen werden. Die Resolution gibt ihm ein Mißtrauensvotum und das ist richtig. (Zustimmung.) Es geht nicht mehr an, daß Schippel tagaus, tagein alle Federn in Atem hält. Ob Schippel die Konsequenzen zieht, ist seine Sache. Auf alle Fälle ist er dann erledigt. (Zustimmung.) Das Chemnitzer Vertrauensvotum konnte nur zu stande kommen, weil die Chemnitzer Genossen durch ihr Blatt nicht über die Vorwürfe unterrichtet waren, die gegen Schippel zu erheben sind. Dazu kam die alte Liebe der Chemnitzer zu Schippel, der ja persönlich ein sehr liebenswürdiger Mensch ist. Es tut mir leid, ich muß es aussprechen. Ich glaube, Schippel hat mit Absicht den Chemnitzern den Inhalt der Vorwürfe vorenthalten, weil er das Vertrauensvotum unter allen Umständen haben wollte. Wir sind es endlich satt, uns unausgesetzt mit dem Fall Schippel beschäftigen zu müssen mit seinen Tüfteleien, Grübeleien und Spintisiereteien, die er fortwährend ausheckt. (Beifall.)

Hoch-Hanau: Ich will nicht auch noch einen Stein auf Schippel werfen; es sind genug gegen ihn geschleudert worden und mit vollem Recht, nach Verdienst. Ich werde für die Resolution Bebel und auch für das Amendement Freythaler stimmen. Die Genossen meines Kreises haben mich ausdrücklich beauftragt, gegen Schippel Stellung zu nehmen. Er hat Taktlosigkeiten begangen, die keinem Arbeiter verziehen werden können. (Lebhafte Zustimmung.) Es tut mir leid, gegen Schippel vorgehen zu müssen, denn ich gestehe es offen, ich habe aus seinem Buche über Handelspolitik viel gelernt. Schade, daß er nicht so fortgefahren hat. In einem Punkte freilich kann sich Schippel beklagen: nämlich, daß er allein gefaßt werden soll. Andere haben auch Taktlosigkeiten begangen und noch schlimmere. Sie lassen sich aber hier nicht sehen und denken, die Sache ist vergessen. Leider werden ihnen diese Taktlosigkeiten von den Genossen nicht ausgemutzt. Im Gegenteil, sie erhalten Vertrauensvoten, und wirft einer sogar das Mandat hin, wird es ihm von neuem auf dem Teebrett serviert. (Sehr gut!) Ich bedauere, daß nicht summarisch verfahren wird. (Vereinzelte Bravorufe.) Ich meine, das Exempel, das hier statuiert wird, gilt nicht nur Schippel, sondern all den anderen Genossen, die Anlaß zu Krakeel und Mißstimmung gegeben haben. Die mögen sich das hinter ihre Ohren schreiben und die Disziplin in der Partei künftig hochhalten. (Lebhafter Beifall.)

Nächster Redner ist Schippel.

Bebel beantragt, die Sitzung, 5 Minuten vor 7 Uhr, abzubrechen, und morgen Schippel als erstem Redner unbegrenzte Redezeit zu geben. Der Parteitag stimmt diesem Antrag debattelos zu.

Zur Richtigstellung erklärt

Ullenbaum-Elberfeld: Die bürgerliche Presse hat meine Ausführungen entstellt wiedergegeben. Ich sprach davon, daß es zweifelhaft sei, ob Genosse Hoffmann mit einer Agitationstour denselben Erfolg haben würde wie der Reichstagsabgeordnete Bauderi. Den Namen des Reichstagsabgeordneten Adolf Hoffmann habe ich gar nicht erwähnt und auch den Genossen Karl Hoffmann-Bielefeld, den ich meinte, habe ich nicht beleidigen wollen. Ich wollte nur sagen, daß Reichstagsabgeordnete bei Agitationsreisen doch größeren Erfolg zu haben pflegen als andere Genossen.

Damit tritt die Vertagung ein.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 22. September 1904.

Der Bankerott des Panzerschiffes.

In der Pariser Fachzeitschrift Marine française, die als Organ des französischen Marineministers gilt, zieht der sehr marinefreundliche Schriftsteller Alfred Duquet die Lehren aus den Seeschlachten im russisch-japanischen Kriege. Großes Aufsehen erregt es nun, daß Duquet unter dem Titel „Der Bankerott des Panzerschiffes“ u. a. folgende Lehren aus den Seeschlachten bei Port Arthur und Wladiwostok zieht:

Der Panzer schützt die Schiffe gegen große Geschosse nicht. — In den heutigen Kämpfen werden die Bomben durch die Torpedos ersetzt. — Die Wirkungen der großen Geschütze der Panzerschiffe und gepanzerten Kreuzer auf die Erdbatterien ist gleich Null; dagegen zwingen die großen Geschütze der Forts die gepanzerten Fahrzeuge zum sofortigen Rückzuge. — Die großen, mächtig ausgerüsteten und verteidigten Fahrzeuge sichern keineswegs die Herrschaft auf dem Meere. — Die Herrschaft auf dem Meere gehört der nicht gepanzerten Flotte, die eine solche Schnelligkeit besitzt, daß kein Panzerschiff, ob groß oder klein, sie einholen oder ihr ausweichen kann. — Jedes Panzerschiff ist schädlich oder unnütz. — Es ist ein neues Marineprogramm erforderlich, in dem die Panzerschiffe nicht mehr die übertriebene Konzentrierung der Streitkräfte bilden, in denen hingegen die Torpedos die Zersplitterung der Kräfte im größten Maßstabe darstellen müssen.

Ehe diese Lehren, gegen deren Richtigkeit sich nicht viel wird einwenden lassen, den maßgebenden Kreisen in Deutschland ins Ohr dringen werden, wird das deutsche Volk noch manches Hundert Millionen Mark in die „schädlichen oder unnützen“ Panzerschiffe stecken müssen. Denn in Deutschland hat man gerade aus den Ereignissen vor Port Arthur eine noch höhere Wertschätzung der ungefügen Panzerkolosse herzuleiten versucht.

Mädchen in der Kaserne.

Wie unlängst die Mainzer Volkszeitung, so weiß jetzt das Volksblatt für Hessen eine anmutige Geschichte zu erzählen. Das in Kassel erscheinende Blatt schreibt:

Lernten da vor einiger Zeit ein Unteroffizier der 1. Kompagnie des 83. Inf.-Reg. in Gemeinschaft mit einem Freunde, ob auch Unteroffizier, möge dahingestellt bleiben — zwei Mädchen auf einem Spaziergange in der Hohenzollernstraße kennen, schlossen sich den beiden Mädchen — das eine zählt 28, das andre 14 Jahre — an und lenkten ihre Schritte dem Tannenwäldchen zu. Hier schlossen sie innige Freundschaft und verabredeten ein Rendezvous auf einen der nächsten Tage. Das sollte aber erst das Vorspiel sein, zu dem, was sich später ereignete. Unsere 14jährige Schöne hatte Gefallen an dem schmucken Unteroffizier gefunden, und so wurde kurze Zeit darauf das Freundschaftsband von neuem besiegelt. Unser Unteroffizier ließ dann nichts mehr von sich hören. Dahingegen erschienen eines Tages, es war am 31. Juli, drei Mädchen — die 14jährige hatte sich noch zwei Freundinnen im Alter von 15 und 17 Jahren mitgebracht — in der Nähe der Kaserne. Diesmal waren es Musketiere, die eine Zusammenkunft vereinbart hatten. Die Nacht vom Sonntag auf Montag wurde in fideler Gesellschaft im Tannenwäldchen zugebracht. Montag abend aber um neun Uhr erlangten die drei Mädchen Einlaß in die Kaserne und kampierten dort bis morgens 5 Uhr in einer Mannschaftsstube. Nachdem sich die Mädchen dann am Dienstag am Scheibenstand herumgedrückt hatten, fanden sie Dienstag abend 9 Uhr wieder Einlaß in die Kaserne. Diesmal aber wurde nicht eine Mannschaftsstube sondern die Mannschaftsküche des 1. Bataillon dazu ausersehen, der Göttin Venus zu opfern. Wer weiß, wie lange sich dieses Treiben noch fortgesetzt hätte, wenn nicht die Eltern des 14jährigen Mädchens aus Sorge über das Verschwinden desselben Nachfragen angestellt hätten. In der Nähe der Infanteriekaserne wurden die drei Mädchen endlich erwischt, und das skandalöse Treiben hatte ein Ende. Die Soldaten wurden auf erfolgte Anzeige hin unseres Wissens zu strengen Arreststrafen verurteilt, und gegen den Unteroffizier, der zuerst mit dem 14jährigen Mädchen Verkehr gepflogen, ein Verfahren wegen Vergehens gegen § 182 R.St.G.B. eingeleitet. Das Verfahren wurde aber eingestellt, weil das Mädchen dem Verführer das tatsächliche Alter nicht angegeben habe, das Aussehen desselben auf eine mindestens 16jährige Person schließen lasse, so daß der Verführer keineswegs das Bewußtsein gehabt habe, er habe es wahrscheinlich mit einem noch nicht 16jährigen Mädchen zu tun.

Kriegsminister v. Einem wird in der nächsten Reichstagssession schwere Nüsse zu knacken bekommen.

Ein Maulkorb in Südwestafrika.

Nicht bloß Rußland übt strenge Depeschenzensur bei den Berichterstattern in Ostasien, sondern der Maulkorb ist nunmehr auch auf dem südwest-afrikanische Kriegsschauplatz eingeführt worden. Gouverneur Leutwein hat die Anordnung getroffen, daß für die Dauer des gegenwärtigen Aufstandes Veröffentlichungen über Truppenbewegungen oder Verteidigungsmittel verboten seien, soweit nicht der Truppenkommandeur oder sein Beauftragter zu der Veröffentlichung seine Zustimmung erteilt habe. Zuwiderhandlungen sind mit einer Geldbuße bis zu 300 Mk. oder mit Haft resp. Gefängnis bis zu drei Monaten bedroht.

Der Erfolg dieser Anordnung hat sich bereits darin gezeigt, daß der Scherl-Presse keine Originalmeldungen mehr zugegangen sind, während sie früher rascher zu berichten vermochte als die Regierung selbst. Vielleicht übt die Scherl-Presse jetzt deshalb eine so pessimistische Kritik an der südwest-afrikanischen Strategie, weil ihr der Nachrichtendienst abgeschnitten oder doch äußerst erschwert worden ist.

Es könnte fraglich erscheinen, ob diese Nachrichtensperre hinreichend begründet ist. Daß die Japaner und Russen eine solche Nachrichtensperre üben, hat seine sehr begreiflichen strategischen Gründe. Den Hereros hingegen dürften Nachrichten der deutschen Presse schwerlich die Möglichkeit geben, sich geplanten Angriffen zu entziehen. Der Erfolg dieser Nachrichtensperre wird deshalb nur der sein, daß die Nachrichten vom südwestafrikanischen Kriegsschauplatz nun nur noch spärlicher fließen und daß das Mißtrauen gegen die kriegerischen Lorbeeren des Trotha-Heeres noch größer wird. — Nach neueren Meldungen von Trotha stellen sich den Verfolgungen sehr große Schwierigkeiten entgegen.

Vom „Koalitionsrecht“ in Baiern.

Eine tiefsinnige Entscheidung ließ die oberpfälzische Kreisregierung ergehen in Bezug auf die Handhabung des bayrischen Vereins- und Versammlungsgesetzes, das sich seit einiger Zeit in Nordbayern wieder eine sehr kunstvolle Interpretation gefallen lassen muß. Der Stadtmagistrat Amberg hatte das dortige Gewerkschaftskartell für einen politischen Verein erklärt, dessen Versammlungen polizeilich anzumelden seien. Dagegen wurde Beschwerde erhoben, und die Regierung entschied wie folgt: „Endgiltig kann die Frage, ob das Gewerkschaftskartell als ein politischer Verein zu betrachten sei, gegebenenfalls nur durch richterliches Urteil oder durch verwaltungsrechtliches Erkenntnis entschieden werden.“

Die Regierung vermeidet es also sorgfältig, ihren eigenen Standpunkt in dieser wichtigen Frage zu präzisieren, was die Beschwerdeführer von ihr, als von der vorgesetzten Behörde des Magistrats, verlangt haben. Wenn nun die Gewerkschaften wissen wollen, ob ihr Kartell als ein politischer Verein zu gelten hat, müssen sie die Verfügung des Magistrats übertreten, damit die Sache vor dem Richter zur Entscheidung kommt!

Lehrer gegen den Schulkompromiß.

Auch in Wriezen haben die Lehrer in einer stark besuchten Versammlung durch Annahme einer Resolution sich gegen den Schulkompromiß ausgesprochen. In der Resolution wird gesagt:

„Die Versammlung erachtet eine baldmöglichste (?) gesetzliche Regelung der Schulunterhaltungspflicht als dringend notwendig; sie erklärt sich aber gegen eine Verbindung dieser Regelung mit der Frage der Konfessionalität der Volksschule. Aus erziehlichen, unterrichtlichen, wirtschaftlichen und nationalen Gründen fordert sie, daß der Entwicklung der Simultanschule durch gesetzliche Maßnahmen nicht entgegengetreten wird.“

Auch ein Lehrer, der sich als „Führer“ der Freikonservativen in Wriezen bekannte, stimmte für die Resolution. Um so beschämender ist's für die sich freisinnig oder doch liberal nennende Lehrerschaft von Halle, daß sie nicht zu einer entschiedenen Stellungnahme gegen den Kompromiß sich aufzuraffen vermocht hat.

Ein schwerer Manöverunfall hat sich, wie der Rhein.-Westf. Ztg. aus Blotho gemeldet wird, bei Bösten ereignet. Etwa 80 Pferde vom Westfälischen Kürassier-Regiment Nr. 4, welche dort an in den Boden gesteckten Lanzen befestigt waren, gingen, durch irgend einen Zufall scheu geworden, in rasendem Galopp in der Richtung auf Porta-Minden durch. Hierbei wurden vier Kürassiere, die die wild gewordenen Pferde aufhalten wollten, durch Hufschläge so schwer verletzt, daß sie mittelst Sanitätswachen nach dem Garnisonlazarett in Minden geschafft werden mußten. Zwei Kürassiere sind auf dem Transport nach Minden gestorben. Die beiden anderen erlitten Bein- und Armbrüche. Von den Tieren mußten zwei getötet werden. Eine Anzahl soll fehlen.

Der geohrfeigte Reserveleutnant. Der von einem ehemaligen Gardeunteroffizier geohrfeigte Ingenieur Barkow im königl. Feuerwerkslaboratorium in Spandau sollte in diesen Tagen sein Reserveleutnants-Examen ablegen. Infolge der fatalen Ohrfeigengeschichte ist der Herr Ingenieur vorläufig vom Examen zurückgestellt worden. — Aus Spandau wird zu der lustigen Affäre noch berichtet: Der jugendliche Beamte, Ingenieur Barkow, war bald nach seiner Anstellung der Schrecken der Werkstätten. Er drangsalierte die Arbeiter nach Herzenslust. Ein besonders empfindliches Mittel fand er in den Kürzungen des Akkordlohnes. Versetzungen aus der ersten Lohnklasse in die zweite und dritte waren an der Tagesordnung. Er schien eine Ehre darin zu sehen, dem Staate möglichst viel Gelder zu sparen. Eine beliebte Redensart des jungen Herrn befinden, war die: „Ich werde mit Euch Schlitten fahren!“ Bei einer solchen „Schlittenfahrt“ ist nun der angehende Herr Reserveleutnant zu recht ungelegener Zeit verunglückt, worüber ganz Spandau aus Herzensfreude lacht.

Geht er oder geht er nicht. Zu dem angeblich bevorstehenden Ministerwechsel schreibt die Nordd. Reichskorr.: Trotz aller offiziösen Dementis und trotz der Erklärung des Freiherrn v. Hammerstein selbst müssen wir dabei bleiben, daß ein Wechsel im Ministerium des Innern nahe bevorsteht. Zum Nachfolger des Herrn v. Hammerstein ist Fhr. v. Wilmowski, der derzeitige Oberpräsident von Schleswig-Holstein, bestimmt, dessen Name unter den Kandidaten bisher nicht genannt wurde. Der Kaiser hat Herrn v. Wilmowski von seiner bevorstehenden Berufung persönlich Kenntnis gegeben.

Vom Kaninchen-Feldzuge. In Inowrazlaw hielten die polnischen Bürger eine Protestversammlung ab unter Annahme einer entsprechenden Resolution gegen die behördlich geplante Umänderung des Stadtnamens Inowrazlow in Hohensalza.

Ausland.

Schweiz. Prompte Justiz gegen einen Schimpf-Offizier. In Bülach (Kanton Zürich) beschimpfte ein Leutnant nach berüchtigten Mustern die Soldaten mit „Saubande“ und andern ähnlichen delikaten Ausdrücken. Die Mannschaft wies die Beschimpfungen sofort zurück und wandte sich mit einer von allen Soldaten unterschriebenen Beschwerde (in Deutschland fürchterliches „Komplott“. Red.) an den Regimentschef, der gleich eine Konfrontation des schuldigen Offiziers mit der Mannschaft vornahm, den Tatbestand feststellte, sofort den Leutnant seiner Stelle enthob und ihn zum Straldienst nach Wallenstadt schickte. — So prompt sollte in allen Fällen die Strafe der Tat auf dem Fuße folgen. Dann würde es wohl besser werden. Leider ist in Deutschland noch lange nicht daran zu denken.

Australien. Sidney. Der vorige Premierminister Watson beantragte ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium Reid. Es wurde mit geringer Mehrheit abgelehnt. Wahrscheinlich sind aber Neuwahlen bevorstehend. Wattsons Rückkehr in das Ministerium wäre dann möglich. Sie wäre gleichbedeutend mit einer Tarifserhöhung.

Der Krieg in Ostasien.

General Kuropatkin hat aus Petersburg Befehl erhalten, aus politischen Gründen Mukden zu verteidigen. Die Russen werden sich nur nach einer Niederlage vor Mukden nach Tieling zurückziehen. Das Bureau Reuter meldet aus Mukden:

Die Schlacht steht unmittelbar bevor; die Japaner rücken in einer Stärke von acht bis neun Divisionen vor. Direkt vor der Front der russischen Stellungen befindet sich der Hunfluß.

Nach russischen Meldungen ist vor Mukden alles ruhig. Die Gerüchte über eine Umgehung der Russen auf Telin zu sind nicht bestätigt worden. Die beginnende Kälte fängt an, auf die im Felde stehenden Truppen zu wirken. Die Japaner leiden jedoch mehr unter dem kalten und feuchten Wetter. In der Umgebung von Mukden, besonders südlich des Hunflusses, haben die Chinesen ihre Dörfer verlassen, weil sie dort bald eine Schlacht befürchten. Das Getreide ist schon weithin abgemäht, wodurch ein besseres Schußfeld erzielt wird. Französische Missionare melden den Vormarsch besonders starker japanischer Truppen gegen den linken Flügel der russischen Stellung.

Aus Tokio wird berichtet: Nach hierher gelangten Nachrichten fanden in der Richtung auf Mukden scharfe Scharmützel zwischen den Vortruppen statt. Die Russen wurden auf Pingtaitie zurückgeworfen.

Nach einer Petersburger Meldung soll Kuropatkin seit dem 9. d. M. 75000 Mann, und zwar meist Kerntruppen aus Westrußland, sowie 170 Geschütze als Verstärkung erhalten haben. Aus Charbin gingen drei Panzerzüge nach Süden; einer ist jetzt in Tieling, zwei sind in Mukden.

Wie das Bureau Reuter aus Tschifu meldet, haben die Japaner während der letzten 19 Tage ihre Vorbereitungen für den gegenwärtigen Angriff auf Port Arthur getroffen, der sich gegen die Nordostfront richtet. Den Japanern kommt es darauf an, das Nickwanschan- und Erlunschanfort und die Zwischenforts zu nehmen. Der Angriff gegen Ende August dauerte in Wirklichkeit zehn Tage. Obgleich die Japaner auf der ganzen Linie zurückgetrieben wurden, behielten sie doch vier neue kleine Befestigungen im Nordosten. Zwei davon liegen nur 50 Meter von dem Erlunschanfort entfernt. Die Russen verschießen täglich 1000 Granaten, hauptsächlich gegen die vier erwähnten Schanzen.

In Petersburg kriselt's. Der Kriegsminister, General Sacharow, soll ein entschiedener Gegner der Kriegsführung Kuropatkins sein. Sacharow wünsche, daß Kuropatkin, koste es was es wolle, die Offensive ergreife, weil die Soldaten und Offiziere durch den fortwährenden Rückzug entmutigt würden. Sacharow habe wiederholt den Zaren gebeten, Kuropatkin einen dementsprechenden Befehl zu erteilen, der Zar habe das aber abgelehnt. — Das Kommunikationsministerium beschloß, sowohl im In- wie im Auslande zirka 3000 Lokomotiven mit möglichst kurzer Lieferfrist zu bestellen.

Bei der Indienststellung des baltischen Geschwaders wurde festgestellt, daß zwischen die reibenden Teile der Maschinen Sand gestreut worden war, wodurch umfangreiche Reparaturen nötig wurden, die den Abgang der Schiffe verzögerten.

Die Berichterstatter sind noch immer sehr unbequem. Der bekannte Kriegsberichterstatter Nemirowitsch Dantschenko ist aus dem Hauptquartier Kuropatkins ausgewiesen worden. Die Ursache ist in einer von ihm abgesandten Meldung zu suchen, daß die russische Armee 48 Stunden nach der Affäre von Liaujang nicht einmal mehr Kommißbrot zu essen hatte. — Zwei vom Kriegsschauplatze nach Petersburg zurückgekehrte Zeitungsberichterstatter gehen demnächst wieder dorthin ab; sie erklären, daß ihre Abreise nur auf ein Mißverständnis zurückzuführen sei.

Parteinachrichten.

— **Der Siegeszug des Sozialismus.** Der einstige Führer der Breslauer Nationalsozialen, Buchhändler Rud. Düsser, jetzt in Görlitz, hat seinen Uebertritt zur Sozialdemokratie vollzogen.

Verantwortlicher Redakteur: J. V.: Robert Fette in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219040923-18/fragment/page=0003

Gardinen

Portièren
Möbelstoffe
Teppiche
Tischdecken
in grosser Auswahl zu billigsten Preisen.

Kaufhaus
H. Elkan
Halle a. S., Leipzigerstr. 87.

Freiwillige Unterstützungskasse aller Handwerker u. Arbeiter von Zeitz. (Zuschußkasse E. H.)

Sonntag den 9. Oktober nachmittags 3 Uhr in Wagners Restaurant Schützenstraße

statutengemäße General-Versammlung

Tagesordnung: 1. Erhöhung der Beiträge oder Verkürzung der Unterstützungen. 2. Wahl des Gesamt-Vorstandes. 3. Geschäftliches.

Anträge und Beschwerden sind bis 6. Oktober beim Vorsitzenden Herm. Helbig, Johannisteich 2, II, schriftlich einzureichen. **Der Vorstand.**

Die restierenden Beiträge müssen bis 1. Oktober gezahlt werden.

Zweigverein der Maurer zu Teuchern.

Sonntag den 25. September im Gasthof zum „Grünen Baum"

erstes Stiftungsfest.

Von nachmittags 4 Uhr bis 1 Uhr nachts **Ball.**
Abends finden genügend Abwechslungen statt. Der Saal ist prächtig dekoriert.
Alle Freunde und Genossen sind hierzu freundlichst eingeladen.
Th. Kuhblank. Das Festkomitee.

Freie Turnerschaft Zeitz.

Sonnabend den 24. September im „Preußischen Hof"

erste Abend-Unterhaltung

verbunden mit Konzert, Theater und Ball.
Zur Aufführung gelangen u. a. Marmorgruppen, lebende Bilder, „Ein famoses Quartier".
Eintritt 30 Pf. Karten sind bei allen Mitgliedern zu haben. Anfang Punkt 8 Uhr.
Einen genußreichen Abend versprechend zeichnet
Ende 3 Uhr. **Wilh. Schulze. Der Turnrat.**

Gasthof Ragwitz.

Sonntag den 25. September nachmittags ½3 Uhr

öffentliche Radfahrer-Versammlung.

Nachdem:

Stiftungsfest des Arbeiter-Radfahrer-Vereins Teuditz.

Restaurant Loests Hof.

Sonntag den 25. September

großer Familienabend

unter freundlicher Mitwirkung des Gesangvereins „Freie Sänger".
Beginn 7½ Uhr.
Hierzu ladet ergebenst ein **Max Schramm.**

Zigarren — Zigaretten — Rauchtabak.

Wilh. Leimbach, Halle a. S. Südstrasse 53.

Markt 1 **F. Saatz** Rathaus

empfiehlt in großer Auswahl zu billigsten Preisen

Zigarrenspitzen **Tabakpfeifen** Spazierstöcke.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.

Heft 1. **Die erste Hilfe bei Unglücksfällen.** Von Dr. med. Christeller. Berlin.
Heft 2. **Das erste Lebensjahr** Von Dr. med Silberstein, Rixdorf.
Heft 3. **Zur Gesundheitspflege des Nervensystems.** Von Dr. med. Hirschlaff, Berlin
Heft 4. **Der Achtstundentag, eine gesundheitliche Forderung.** Von Dr. med Zadek, Berlin
Heft 5. **Alkoholfrage und Arbeiterklasse.** Von Dr. Fröhlich, Wien.

Preis pro Heft 20 Pf.

Zu beziehen durch
Die Volksbuchhandlung, Geiststraße 21.

Um meine

hochfeinste Süßrahm-Margarine

noch mehr einzuführen, gebe trotz billigster Preise bis Ende September 1904 b. Einkauf eines ½ Pfd. meiner vorzügl. Spezialmarken

eine grosse Tafel Schokolade gratis!

Marke „Prima"	Marke „Extra" delikat	Marke „Tafelschatz" schmeckt wie frische Butter
½ Pfd. 32 Pf.	½ Pfd. 36 Pf.	½ Pfd. 38 Pf.

Otto Gottschalk, Gr. Ulrichstraße 3,
gegenüber Warenhaus Leopold Nußbaum.

Die

Deutsche Arbeiterversicherung

als soziale Einrichtung.

Heft 1. **Entstehung und soziale Bedeutung,** bearbeitet von Prof. Dr. Ludwig Laß, kaiserl. Regierungsrat im Reichs-Versicherungsamt.
Heft 2. **Statistik der Arbeiterversicherung,** bearbeitet von Dr. jur. G. A. Klein, kaiserl. Regierungsrat im Reichs-Versicherungsamt.
Heft 3. **Unfallverhütung und Arbeitshygiene,** bearbeitet von Konrad Hartmann, Senatsvorsitzendem im Reichs-Versicherungsamt, Geheimem Regierungsrat und Professor.
Heft 4. **Arbeiterversicherung und Volksgesundheit,** bearbeitet von Bielefeldt, Senatsvorsitzendem im Reichsversicherungsamt und Geh. Regierungsrat.

Einzelne Exemplare je 35 Pf.

Zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung,**
Halle a. S., Geiststraße 21.

Streckau, Glück auf.

Sonntag den 25. September

Abschiedskränzchen

des Jugendvereins Trebnitz, wozu mit guten Speisen u. Getränken bestens aufwartet **Alb. Zausch.**

Konsum-Verein Weinböhla.
Filiale Elsterwerda.

Sonnabend den 24. Sept. abends 8 Uhr in Elsterwerda im Gasthofe zum Kronprinzen;
Sonntag den 25. Sept. nachm. 3 Uhr in Pröfen

Oeffentliche Versammlungen.

Tagesordnung: 1. Zweck u. Nutzen eines Konsumvereins. 2. Konsumvereinsbewegung in Elsterwerda. Ref.: Herr Zeitzig, Vertreter d. Großeinkaufsgesellschaft in Hamburg. Zutritt frei für jedermann. **Die Verwaltung.**

Gasthof Luckenau.

Sonntag den 25. September

Ball

des Jugendvereins Weidau, wozu mit Speisen u. Getränken bestens aufwartet **Reinh. Herzog.**

Stadt-Theater Halle a. S.

Direktion: **M. Richards.**
Freitag den 23. September.
9. Abonn.-Vorst. 1. Viertel.
Beamtenkarten giltig.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr.
Zum 3. Male:

Sein Prinzeßchen.

Ein deutsches Lustspiel in 3 Akten von Gebhard Schätzler-Perasini.

Sonnabend den 24. September
10. Abonn.-Vorstell. 2. Viertel.
Beamtenkarten giltig.

Rose Bernd.

Schauspiel in 5 Akten v. G. Hauptmann

Neues Theater, Halle a. S.

Freitag den 23. Septbr. abends 8⁵.
Der Hüttenbesitzer.

Walhalla-Theater.

Gastspiel

Moritz Heyden.

Logenplatz 1.70, Saal 0.60 M. II. Rang 30 Pf.
also **keine** erhöhten Preise!

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Peller.**
Am Riebeckplatz, nächste Nähe des Haupt-Bahnhofes.
Einzig in der Welt existierend:

Kapitän Nansen

mit seinen dressierten

vier Seelöwen

nebst dem übrigen großen
glänzenden Spielplan.

Welt-Panorama Gr. Ulrichst. 6, I, Geöff. v. 2—10.

Berner Oberland.

Bern, Interlaken, Grindelwaldgletscher.

Freitag
Schlachte-Fest.
J. Banse
Advokatenweg 30.

Freitag
Schlachtefest.
Fr. Peters
Blumenthalstraße 27.

Morgen Freitag
Schlachtefest.
Wilhelm Pöttger,
Kellnerstraße 10 a.

Freitag Schlachte-Fest.
G. Gerig, Rosenstr. 2.

Breslauer Keller, Prinzenstraße 19.
Heute Freitag: **Schlachtefest.**

Neue Vollheringe

à Stck 5 Pfg., 10 Stck. 45 Pfg.

F. H. Weber,
Gr. Steinstrasse 46.

---

1 **Hobelbank** zu kaufen gesucht Geiststraße 25.

Jagdwesten
Strick-Jacken
Fleischer-Jacken

kauft man am besten im
Spezial-Wollwaren-Geschäft
von
Gebr. A. & H. Loesch
Gr. Ulrichstraße 36 u. Steinweg 30.

Arbeits-Handschuhe
Böhmische Handschuhe
empfehlen billigst
Gebr. A. & H. Loesch
Gr. Ulrichstraße 36 u. Steinweg 50.

Woll. Strickgarne

findet man am billigsten in größter Auswahl im
Spezial-Wollgarn-Geschäft
von
Gebr. A. & H. Loesch
Gr. Ulrichstraße 36 u. Steinweg 30.

Soeben eingetroffen:

Der praktische

Haussekretär.

Ein Formular- und Musterbuch aller Arten Briefe, Bittschriften, Beschwerden, Gesuche, Anträge, Reklamationen, Verträge, gerichtlichen Eingaben, Klagen und sonstigen Aufsätze des Geschäftslebens.

Preis 1 M.

Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung.

Möbel,

Ausstattungen!

Nur gute Ware
ist die beste
Reklame!

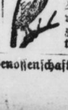
Empfehle mein großes Lager
reeller Möbel
und Polsterwaren
als
Billigste Bezugsquelle für
Wohnungs-Einrichtungen!
Salons, Wohnzimmer,
Schlafzimmer.
Große Verkaufssäle.
Reellste Bedienung!
Billigste Preise!

M. Schemmels

Möbelmagazin
nur Rathaustrasse 6.
Alte Möbel nehme in Zahlung.

Rossfleisch!!!

Pfund 30 Pfg.
Reilstr. 126, neben der Kaserne.



Kanarien-Vögel.

Freitag und Sonnabend den 23. und 24. Sept. kaufe **Kanarienhähne** sowie **Weibchen** zu höchsten Preisen im **Zentral-Hotel. Baulecke.**

5% Rabatt!

Für Hausfrauen!

Pa. Oranienburger Kernseife.
Pa. Harz-Kernseife.
Beste Wachs-Kernseife.
Diverse Seifenpulver.
Ia. Reis- und Weizenstärke.
Ia. gekörnte Schmierseifen.
Waschblau, Seifenspähne.

Salgalin

vorzügl. Reinigungsmittel für Wäsche.
Chlorkalk, Pottasche etc. etc.
empfiehlt zu billigen Preisen

Friedrich Riedel,

Drogenhandlung,
Merseburgerstraße 33.

5% Rabatt!

Zum Umzug!

Salontischchen
Ecktischchen
Bücher-Etageren
Bücherbretter
Hocker
Ofenbänke
Handtuchhalter
Konsolen.

C. F. Ritter

Halle (S.) Leipzigerstr. 90.
Auf alle Preise 5 Proz. Rabatt-Spar Marken.

4! **Regenschirme**

für Damen u. Herren in solid. Qualitäten empfiehlt billigst
Ernst Karras jun.
Leipzigerstraße 4.

Kaufe **Kanarienhähne,**

gute und gewöhnliche und
Weibchen,
bezahle höchst. Preis, **Montag** und **Dienstag den 26. und 27. September** im Gasthof Stadt Leipzig. **J. Tischler.**

Bei vorkommenden Sterbefällen empfiehlt sein reichhaltig. Sargmagazin
H. Krull, Tischlerei Schwetschkestr. 32.

Fernruf 1156. Fernruf 1156.

Arthur Möbius,

Roßschlächterei, Langestraße 21.
Fernruf 1156. Fernruf 1156.

Achtung!

Bei vorkommenden Hausschlachtungen halte ich mich bestens empfohlen.
Paul Gräfenhain, Weidau.

Die Rechte und Pflichten des Mieters

nach dem neuen
Bürgerlichen Gesetzbuch.
Kommentar zum Mietrecht von Richard Lipinski.
Preis 20 Pf. Preis 20 Pf.
Zu beziehen durch
Die Volksbuchhandlung,
Geiststraße 21.

Stube, Kammer, Küche nebst Zubh. Preis 70 Tlr., per 1. Oktober zu vermieten **Merseburgerstraße 33.**

Gut **möbl. Zimmer** m. Kab., separ. Eing., 25 Mk., z. verm. **Meckelstr. 8.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer teuren Entschlafenen sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank.
Die trauernde Familie **Lude.**

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219040923-18/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 224. Halle a. S., Freitag den 23. September 1904. 15. Jahrg.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Bremen, den 21. September 1904.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Vormittags-Sitzung.

Ebert-Bremen eröffnet die Sitzung mit der Verlesung einer Antwortdepesche Auer:

„Herzlichen Dank für den Glückwunsch. Hoffentlich erfüllt sich derselbe, und ich bin bald im stande, wieder für die Partei zu wirken. Hoch die internationale und deutsche Sozialdemokratie."

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein. Schippel erhält das Wort zu seiner Rechtfertigung.

Schippel: Parteigenossen, ich werde Sie vielleicht enttäuschen, wenn Sie eine große Verteidigungsrede von mir erwarten. Ich werde kaum die Stunde ausnutzen, die Sie mir bewilligt haben. Sie dürfen mir das nicht übel nehmen. Denn wenn man sechs Monate in einem Streit steht, wenn man sich bemüht, den Frieden herzustellen, wenn man dazu Erklärung über Erklärung erläßt, daß die Beschuldigungen gegen mich unwahr sind, daß ich auf dem Standpunkte der Partei stehe, daß ich gewillt bin, weiter für die Partei zu wirken, und wenn man dann immer noch nicht erreicht, daß die Gegner Ruhe geben, wenn man immer wieder hört, ich bin über die Einleitung nicht hinausgekommen, und es geht wie beim Liede vom Kupferschmied: Wenn man das Lied nicht weiter kann, so fängt man wieder von vorne an, so muß man den Wunsch haben, daß man zum Ende kommt. Mag das Ende mehr oder weniger gut für mich ausfallen, die Hauptsache ist, daß wir so oder so zum Ende kommen. (Lebhaftes: Sehr richtig!) Man nimmt es ja mit Fraktionsreferaten nicht so genau wie mit den Referaten über Reichstagskommissionsverhandlungen. Darum will ich Ledebour keinen Vorwurf machen, aber ein objektives Referat gab er nicht. Hätte er das geben wollen, so hätte er nicht von Fraktion, sondern nur von einer Fraktionsmehrheit sprechen dürfen. Und die Minderheit war stark. Die Fragestellung wurde mit einigen 30 gegen 20 Stimmen beschlossen, die Veröffentlichung mit 28 gegen 25 Stimmen. Ledebour hätte auch sagen müssen, daß viele Fraktionsmitglieder in einer so wichtigen Entscheidung eine Gesamtfraktionssitzung verlangten. Denn gerade die süddeutschen Abgeordneten fehlten im Reichstag. Mit ihnen wäre vielleicht das Stimmenverhältnis ein ganz anderes gewesen. Also die Sache liegt nicht so ganz einfach, daß die Fraktion wie ein Mann gegen mich stand.

Wo ist denn nun die Entrüstung am größten? In Chemnitz, im ganzen, großen Verbreitungsbezirk der Volksstimme. Hat da die Volksseele aufgekocht? (Heiterkeit.) In all den zahlreichen Wahlkreisen, in denen die Volksstimme gelesen und verbreitet wird, ist trotz der Reden von Schöpflin und Stücklen nicht eine Versammlungsresolution gefaßt worden. Aber in Hamburg III erklärt man, man wisse gar nicht, was mit mir los ist (Sehr richtig!), aber man solle mit mir Schluß machen. In Glauchau und anderen Orten, wo man meine Artikel, die 47 Spalten, genau gelesen hat, haben die referierenden Parteigenossen ausgeführt, daß kein Grund zum Ketzergericht vorliegt. Parteigenossen, legen Sie die Hand aufs Herz, wie viele von Ihnen, die bereit sind, mich zu verurteilen, haben diese Artikel gelesen und gelesen, Stück für Stück verfolgt, meinen Ton mit dem der Gegner verglichen? Denn natürlich fallen überall beim Hobeln Späne. Wenn Sie das alles getan haben, dann können Sie ruhig Ihr gewichtiges Urteil aussprechen. Aber gehen Sie im Ernst an die Dinge heran. Gerade Hoch charakterisiert, wie leicht die Stimmung wechselt. Hoch war entzückt über mein Buch über Handelspolitik, nannte es noch gestern tüchtig, fleißig und anregend. Und in meinem Buche ist alles schärfer ausgedrückt, als in meiner Rede, wegen deren ich jetzt verurteilt werden soll. Ueber das Buch ist man entzückt, und steigt dann hier hinauf und hält diese Rede. Jetzt hat man mir vorgeworfen, die Gegner lobten mich. Aber als Genosse Hoch als Reichstagsabgeordneter den Standpunkt in der Zolltarifkommission vertrat, daß man Handelsverträge wolle, auch Zölle haben müsse, wurde er vom Grafen Posadowsky über den grünen Klee gelobt. Ich fürchte mich aber auch nicht vor dem Lobe der Gegner, das ich nicht gesucht habe; aber wir sind doch nicht mehr so jung, daß wir uns davon sollten beeinflussen lassen. Genosse Pöplow, der hier Hamburg III vertritt, hat in Amsterdam den Protektionismus für die Arbeitskraft vertreten. Jetzt soll er mich verurteilen helfen.

Schöpflin, der ja als Mann der scharfen Tonart bekannt ist, hat wahrscheinlich mein Buch gar nicht in die Hand bekommen. Ich hatte mir eine reingeschichtliche Aufgabe gestellt, ich bin nicht verpflichtet, einen Leitfaden für die Agitation zu schreiben, ich brauchte nicht auf die Agrarier schimpfen und nicht sozialistische Rezepte einstreuen, ich hatte mir eine Aufgabe gestellt, und der mußte ich genügen. Ich stellte den Freihandel in England, die Gegenströmungen in Amerika und Deutschland, die kurze Periode des Freihandels und schließlich allen freihändlerischen Theorien zum Trotz und trotz aller Agrarfeindlichkeit dar. Einen Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung müßte es doch freuen, wenn jemand die Ursache aufstärt, warum eine mächtige Bewegung entsteht, die wir nicht ändern können und mit der wir uns abfinden können, wie mit so vielen anderen Dingen, mit denen wir uns vorläufig abgefunden haben. Und wir könnten uns sehr täuschen, wenn wir die Stärke einer solchen Bewegung, die natürlich nur in der bürgerlichen Welt besteht, unterschätzen. Ich soll unklar sein; ich kann nicht dafür, daß jemand anders mich nicht klar findet. Zweideutig muß es immer sein, wenn jemand warnt, eine Bewegung nicht zu unterschätzen, nicht mit dem Kopf gegen eine feste Mauer zu rennen. Mit dem Vorwurf der Zweideutigkeit kann man mich diskreditieren, aber nicht widerlegen. Es gibt auch Artikel, die nur geschrieben werden, um nicht zu verstehen, um zu diskreditieren. Ich habe diese Artikel nicht gelesen, ich lese sie nicht, ich verbitte mir diese Zumutung. (Große Unruhe.) Aber diese Artikel wirken nicht. Vor 3½ Jahren ist mein Buch erschienen. Niemand verlangte eine Entscheidung, vor dem Zollkampf aber nachher. Ich wußte, daß ich einstimmig wieder zum Reichstagskandidaten aufgestellt werden würde, und man hätte die Pflicht gehabt, dagegen vorzugehen. Im Gegenteil, ich wurde einstimmig Kandidat der Fraktion für den Schriftführerposten im Reichstag, darum soll man heute nicht sagen: „Du hast 1901 Dein Buch geschrieben und bist deswegen heute nicht mehr geeignet, der Reichstagsfraktion anzugehören." Nun zu meinem Vortrag. Ich habe mich nicht dahinter versteckt, daß er tatsächlich vor einem kleinen Kreis gehalten worden ist. Im Gegenteil, man wirft mir jetzt vor, daß ich nichts zurückgenommen und wie ein Grobian die Anhänger der alten Anschauungen angegriffen habe. Man konnte von mir verlangen, daß ich im Rahmen des Parteiprogramms, in Uebereinstimmung mit den Mehrheitsbeschlüssen bliebe und der Partei nicht Knüttel zwischen die Beine werfe. In diesem Zusammenhang habe ich von der Versammlung im kleinen gesprochen. Ich hätte, wenn ich etwas von dem Bericht gewußt hätte, um sein Nichterscheinen gebeten. Die Fraktion hat einstimmig anerkannt, daß ein so sensationeller Bericht nie hätte vorgelegt werden müssen. Von einer Absicht, Streit zu provozieren, kann also bei mir nicht die Rede sein. In der Fraktion habe ich sofort erklärt und auch am selben Abend im Vorwärts, daß ich ganz auf der Grundlage des praktischen Vorgehens der Fraktion stände. Unter den ständigen Angriffen und Mißtrauen von draußen hat die Fraktion sich dann zu ihrem Beschluß drängen lassen. Ich bin bis über die Grenze hinausgegangen, bis zu der man die Aufregung durch Erklärungen usw. zu beschwichtigen sucht. Es ist auch meist nicht angenehm, jeden Tag eine Erklärung erlassen zu müssen, mit dem Gedanken, daß morgen wieder eine neue nötig ist.

Nun soll mein Ton in dem endlich notwendigen Streit schlecht gewesen sein. Es schmerzt mich sehr, daß ein Jahr nach dem Dresdener Parteitag ich derjenige sein soll, dem in erster Linie schlechter Ton vorgeworfen wird. Ich habe draußen nicht am ältesten und lautesten Parteigenossen zu diskreditieren gesucht. Aber auch mir ist schließlich eine Laus über die Leber gelaufen. Ich war angegriffen, verdächtigt, zur Verteidigung gezwungen. Warum tadelt man nicht auch den Ton meiner Gegner. Parvus hat in einer Nummer seiner Korrespondenz mich auf das gehässigste angegriffen. Es war nur ein Trost, daß in derselben Nummer Parvus die ganze Fraktion wegen der Herero-Abstimmung ebenso behandelt, ich also mit anderen zusammen gehangen worden bin. Und gefällige Helfershelfer geben sich gern zur Diskreditierung jedes Parteigenossen her, z. B. die Arbeiterzeitung in Dortmund. Parvus hat mich nicht nur in einem Artikel, sondern in mehreren Artikeln beschimpft. Ich habe demnach jeden moralischen Halt verloren. Man kann mir Stricknadeln durch die Wangen ziehen, ohne daß ich es fühle, ich lebe im Dusel, ich kann so und kann so schreiben. Das ist der gute Ton der Gegner. Greift ein solcher Ton vorher gegen mich Platz, so können Sie sich doch nicht wundern, wenn mein Ton auch etwas kräftig ausfällt. Wenn Sie die Kürze des Tons in der Resolution Bebel nicht weglassen wollen, so müssen Sie beide Seiten des Tones wegen rügen. Wozu auch die Bemerkung, daß sich meinen Standpunkt in der Agrarfrage gewechselt habe. Ich meine, gar viele haben sich entwickelt, und gerade in Handelsfragen ist man noch nicht am Ende der Entwicklung angelangt. Meine Aenderung des Standpunkts habe ich 1895 mit aller Deutlichkeit zugegeben; warum also hier ein Vorwurf? (Bebel: Das soll kein Vorwurf sein.) Aber es wirkt nach außen als Vorwurf. Nun noch ein paar Worte zu Schöpflin. Er hat gesagt, ob ich die Konsequenzen ziehen werde. Ich pflege mir nicht den Kopf zu zerbrechen über Dinge, die noch nicht beschlossen sind. Ich kann also jetzt keine Antwort darauf geben. Aber Sie sprechen von einer Zweideutigkeit. Also seien Sie hier nicht zweideutig und haben Sie den Mut, das zu fordern, was Sie wollen, meinen Ausschluß aus der Partei. (Vereinzelter Beifall.)

Sindermann-Dresden: Im ganzen Lande ist man gegen Schippel empört wegen seiner Unklarheit. Nur in Chemnitz hat er ein Vertrauensvotum bekommen. Es ist in letzter Zeit zum Unfug geworden, sich Vertrauensvoten ausstellen zu lassen. Das Chemnitzer Vertrauensvotum soll Schippel selber geschrieben haben. Das muß Mißtrauen erwecken. Heute war ja dasselbe Trauerspiel. Wieder hat er für Schutzzölle Stimmung gemacht, um schließlich leise anzudeuten, daß er doch nicht ganz für Schutzzölle sei. Man hat im Wahlkampf Schippel gegen uns ausgenutzt. Schippel rührte sich nicht, er schwieg und ließ uns im Stich. Er weicht immer aus und darf sich nicht wundern, wenn man ihm sagt, Du darfst nicht mehr Mitglied der Partei sein. Bebel hat schon vor zehn Jahren in Breslau gesagt: Ich bin mit Schippel nicht nur sachlich, sondern auch als Mensch fertig. Auf diesen Standpunkt muß sich heute die ganze Partei stellen. Und wenn ich an Schippels Stelle wäre, so würde ich sagen: Ich gehöre innerlich nicht mehr zu Euch und ich kehre der Partei den Rücken. (Lebh. Beifall.)

Eduard Bernstein erklärt sich gegen alle Resolutionen gegen Schippel. Man hat Schippel Zweideutigkeiten vorgeworfen und ich gebe zu, daß im Auftreten Schippels eine gewisse Zweideutigkeit liegt. Das ist aber eine Aeußerlichkeit, die Hauptsache ist, daß Schippels Standpunkt nach meiner Meinung ein theoretisch falscher ist. Darum vermisse ich in der Resolution hauptsächlich eine Bekräftigung des Standpunktes der Partei, wie er in den Resolutionen von Mainz und München zur Handels- und Verkehrspolitik festgelegt ist. Auch nach meiner Meinung hätte Schippel deutlicher sprechen können. Aber wir hat man immer entgegengehalten: Nur alte Weiber klagen über den schlechten Ton. Auf allen Seiten ist gesündigt worden. Vielleicht könnte man Schippel noch einen dritten Vorwurf machen. Aber Schippel war wegen seiner theoretisch abweichenden Anschauung in schwieriger Lage, und man konnte von ihm nur Schweigen verlangen. Wer in allen Anschauungen mit der Partei übereinstimmt, und in einer praktischen Frage abweicht, braucht deswegen noch nicht aus der Partei ausgeschlossen werden. Deshalb beantrage ich, folgende Resolution anzunehmen:

Der Parteitag mißbilligt den Ton in der Polemik zwischen Schippel und einzelnen Parteigenossen. Er bekräftigt aufs neue den Standpunkt, den die Partei in der Handels- und Verkehrspolitik auf dem Mainzer und Münchener Parteitag festgelegt hat, nimmt die Erklärungen Schippels, daß er Gegner der Agrarzölle sei, zur Kenntnis und geht zur Tagesordnung über. (Lautes Lachen.)

Die Resolution Bernstein wird genügend unterstützt. (Beweg.)

Paeplow-Hamburg: Ich verteidige nicht alles, was Schippel gesagt und geschrieben, aber der einzige Vorwurf ist der, daß er die politische Situation nicht beachtet hat. In Amsterdam habe ich nur gesagt, daß wir uns gegen eine Massenein wanderung von fremden Arbeitern event. schützen müßten. Entgegen Bernstein glaube ich, daß unter Umständen auch andere Waren geschützt werden müssen. Im Ton hat mir Kautsky, hat mir Bebel in Dresden auch nicht gefallen. Deshalb würde ich die Resolution Bernstein der meinigen vorziehen. Wenn Bebel und alle ihre Resolutionen zurückziehen wollten (lautes Lachen), könnten wir alle für Bernsteins Resolution stimmen. Wir wollen nicht immer aufs schärfste scharfrichten. Schippel hat sich zu unserem Standpunkte bekannt, hat erklärt, daß er manches besser nicht getan hätte. Wozu da noch scharfrichten? — Die Hamburger Resolution habe ich erst hier im Druck kennen gelernt. Ich hätte auch meine Hand nie dazu geboten, an der Verurteilung Schippels mitzuwirken. (Vereinzelter lebhafter Beifall.)

Jentsch-Berlin: Schippel ist in der ganzen Frage um den heißen Brei herumgegangen. Unbestreitbar haben die Agrarier Schippels Standpunkt für sich ausnutzen können. Er gibt den Agrariern recht, ohne sich mit ihrem Standpunkt zu identifizieren. Das verstehe, wer will. Die meisten Genossen glauben, Schippel gehört nicht mehr zu uns. Sie verlangen von einem Abgeordneten, daß er seine ganze Kraft in den Dienst der Partei stellt. Schippel tut das aber nicht. Seine wissenschaftlichen Studien laufen auf das Gegenteil hinaus, was das Volk fühlt. (Bebel: Sehr richtig.) Auch die heutigen Ausführungen Schippels haben mich nicht befriedigt. Der Name Schippels, der in den 90er Jahren einen guten Klang hatte, ist verblaßt. Schippel ignoriert die Meinung der Genossen. Ich werde für die Resolution Bebel und das Amendement Freitbaler stimmen. (Beifall.)

Abg. Zubeil: Schippel ist hier als unschuldiges Karnickel aufgetreten. Seine Entschuldigung für den Vortrag im dritten

Kleines Feuilleton.

Der bekannte Dichter Sardou begeht demnächst in Paris sein fünfzigjähriges Dichterjubiläum. Aus diesem Anlaß wird eine große Kundgebung geplant.

Die Bevölkerung Moskaus. Nach den Daten der Volkszählung von 1902 bestand die Bevölkerung von Moskau aus 1 092 362 Einwohnern, darunter 9048 Juden, 385 Karaiten und etwa 6000 Mohammedaner. In Moskau gab es außer den Russen 17 676 Deutsche, 10 507 Polen, 5315 Tataren, 2732 Franzosen, 1692 Armenier, 789 Engländer. Ferner waren noch 35 andere Nationalitäten vertreten.

Badehosen mit katholischem Abzeichen. Im öffentlichen Anzeiger zum Amtsblatt für den Stadt- und Landkreis Frankfurt vom 6. Septbr. findet sich eine Veröffentlichung des ersten Staatsanwalts in Wiesbaden, in welcher es heißt: „Aufgefundene Leiche. Am 23. August wurde in Camp am Rhein die Leiche eines jungen Mannes im Alter von 16 bis 20 Jahren geländet. Dieselbe war bekleidet mit Badehose mit katholischem Abzeichen u. s. w." — Badehose mit katholischem Abzeichen! Was ist denn das für ein Zeichen? Gibt es jetzt auch schon konfessionelle Badehosen?

Der Streit um die Zahnbürste. Man schreibt aus London: Unter den Armenräten von Eltham in Kent ist ein scharfer Streit darüber entbrannt, ob den Kindern der Armen Zahnbürsten zu liefern seien oder nicht. Am stärksten gegen diesen Vorschlag hat sich der Bürgermeister von Hythe, Alderman J. J. Jeal, ausgesprochen. Er sagte, die Kinder sollten harte Brotkrusten bekommen und brauchten nicht solche Luxusgegenstände, wie Zahnbürsten. Er fügte noch hinzu, er glaube, daß viele der anwesenden Armenräte selbst seit 45 Jahren keine Zahnbürste gebraucht hätten, warum solle man die Kinder damit verwöhnen? Diese Zahnbürsten-Rede hat dem Bürgermeister viel Aergernis bereitet. In der letzten Sitzung der Armenräte las er eine anonyme Postkarte vor, auf der ihm seine „Unfreundlichkeit" vorgehalten war; der Bürgermeister bemerkte aber dazu, jemand, der sich dazu erniedrigen könnte, so etwas zu schreiben, brauche noch etwas anderes als eine Zahnbürste, um ein reinlicher und anständiger Bürger zu werden. Einer der Armenräte Namens F. Joseph hat sich erboten, den Kindern auf eigene Kosten ein Jahr lang Zahnbürsten zu liefern, wenn die Armenräte dann nachher die Lieferung fortsetzen wollten, aber der Vorschlag wurde abgelehnt.

10 000 000 Jahre alt. Nach der Anschauung amerikanischer Geologen ist das Skelett eines jüngst im westlichen Felsengebirge zu Tage geförderten Brontosaurus (Riesenei dechse) 10 Millionen Jahre alt. Das Tier wird auch vielfach als Donner-Eidechse bezeichnet, weil es bei der Bewegung ein donnerähnliches Geräusch erzeugt haben muß. Von dem Umfange und der Länge der gefundenen Knochen ist man zum Schlusse gelangt, daß das Urtier 20 Fuß (also 3½ mal höher als ein durchschnittlicher Mensch) groß gewesen sein muß, daß es 70 Fuß in der Länge maß und daß es 30 Tonnen wog. Die Rippenknochen sind 6 Fuß lang und 6 Fuß dick, und der Fußabdruck des Tieres bedeckte wahrscheinlich einen Quadratfuß.

Das verkannte „Blech". Aus Südwest-Deutschland wird der Frankf. Ztg. folgendes interessante Stückchen gemeldet: Ein junger Kunstgewerbezeichner, der als Lehrer an einer städtischen Kunstgewerbeschule angestellt war, hatte für die vorzügliche Ausführung einer vom Kaiser bestellten schwierigen Goldschmiedearbeit auf Allerhöchsten Befehl den Kronenorden vierter Klasse erhalten. Der also Begnadete befand sich damals in dem zarten Alter von etwa 22 Jahren. Ein paar Jahre später kam es zu einem ernsten Zerwürfnis zwischen Direktor und Lehrer, und die Folge war, daß der inzwischen „unbrauchbar" gewordene Goldschmied auf das Bürgermeisteramt zitiert wurde. Der junge Ordensritter glaubte die günstige Gelegenheit, auf jene Allerhöchste Auszeichnung hinweisen zu können, doch nicht vorübergehen lassen zu sollen und schmückte sich also festlich mit dem Ordensstern, als er vor dem gestrengen Herrn Beigeordneten zu erscheinen hatte. Dieser aber hatte alles andere, nur nicht die Kunde von einer an den Jüngling erfolgten derartigen Auszeichnung aus den Akten entlang erfolgten derartigen Auszeichnung aus den Akten entlang kommen und vermutete daher irgend ein törichtes Phantasiekunstwerk in dem Knopfloch des Vorgeladenen. „Wie können Sie sich unterstehen, vor mir mit diesem Blech auf der Brust zu erscheinen!" hauchte er den jungen Mann mit dem Brustton tiefster Entrüstung an. „Verzeihen, Herr Beigeordneter, es ist der königlich preußische Kronenorden, den mir Seine Majestät verliehen hat." Der verblüffte Herr Beigeordnete soll auf diese Auskunft hin auffallend menschlich gestimmt worden sein.

Theater und Gewerkschaft. Einen Erfolg, der gewiß selbst das übertrifft, was Schiller von der Wirkung der Bühne erwartete, kann ein Londoner Vorstadt-Theater verzeichnen, indem eines seiner Theaterstücke die direkte Veranlassung zur Gründung von Gewerkvereinen für Näherinnen und Putzmacherinnen wurde. „Warp and Woof" („Kette und Einschlag") ist der Titel des Stückes. Es stellt in greifbarer Weise die elenden Arbeitsbedingungen dar, unter welchen die Modebedürfnisse der eleganten Welt befriedigt werden, und es sollte wohl zunächst den oberen Klassen eine Lehre geben. Die Verfasserin ist keine Geringere als Mrs. Alfred Lyttleton, die Gattin des Kolonialministers, und die Hauptrolle wurde von der ersten Schauspielerin Englands, Mrs. Patrick Campell dargestellt. So war es denn kein Wunder, daß die Aristokratie des Landes, Herzoginnen und Gräfinnen in hellen Haufen nach dem entlegenen Vorstadt-Theater, dem Camden Theatre, pilgerten, um das Stück zu sehen. Das kleine Theater wußte nicht, wie ihm geschah, denn einen solchen Glanz hatte es noch nie erlebt. Nachdem sich aber der Schwarm der vornehmen Besucher verlaufen hatte, tauchen sich diejenigen Zuschauer ein, welche das Vorstadt-Theater eher zu seinen Stammgästen zählt, die arbeitende Klasse. Neues aus ihrem Leben brachte den Leuten das Stück nicht, aber die Darstellung auf der Bühne muß einen großen Eindruck auf sie gemacht haben, und es regte sich unter ihnen, solchen Zuständen ein Ende zu machen. Diese Stimmung wurde wahrgenommen, um die Arbeiterinnen zu organisieren, und zwar nach gewerkschaftlichen Prinzipien. Von den bestehenden Gewerkvereinen nimmt der der Schneider auch weibliche Mitglieder auf, und etwa 100 Arbeiterinnen dieses Berufes meldeten sich sogleich zum Eintritt. Die Kritik ist dem Stück der Mrs. Lyttleton ziemlich scharf zu Leibe gegangen, aber der unmittelbare Erfolg dürfte doch etwas sein was nicht oft vorgekommen ist.

Heiteres.

Der Fressack. Arzt: „... So, von diesen Pillen geb' Ihr Eurem Mann alle zwei Stunden zwei Stück!" Bäuerin: „Jesses, alle zwei Stund' nur zwei Stück! Meinen S', dann wär' der Fressack s'frieden?"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219040923-18/fragment/page=0005

Kreis ist mehr als naiv. Eine 400 Mann starke Versammlung stellt er als kleinen geschlossenen Kreis hin. Wir haben es satt, uns fortgesetzt mit der Person Schippels zu beschäftigen. Er hat den Zollkampf nicht mit uns ausgekämpft. Er hat nicht ein einziges Mal gesprochen, und er wagt es hier, zu behaupten, er habe Schulter an Schulter mit uns gekämpft. Selbst zu den Abstimmungen hat man ihn in den Reichstag telephonieren müssen. Schippel war zu feig, seinen Standpunkt zu vertreten, weil er die Folgen fürchtete. Schippel entrüstet sich über den Ton seiner Gegner. Er hat in seinen Artikeln unseren Genossen Kautsky unerhört beschimpft und gehöhnt. Wir gehen nicht auf den Parteitag, um abzuschlachten, aber es ist endlich an der Zeit, die Doppelseele Schippels aus der Partei zu entfernen. Wer nicht mit uns gehen will, dem müssen wir die Wege weisen. Ich halte auf dem Standpunkt der Resolution Bebel und des Amendements Freythaler, das hier namentlich abgestimmt werden muß. Die Resolution Bernstein ist unannehmbar. Sonst würde die Sache ausgehen wie das Hornberger Schießen.

Ulrich-Offenbach: Der Fall Schippel darf nicht ausgehen wie das Hornberger Schießen. Als proletarische Partei haben wir die Pflicht, jede agrarische Neigung in der Partei zu unterdrücken. Schippel war der Radikalste aller Radikalinskis und hat sich aus der Partei hinaus entwickelt. Schippel hat der Partei Knüppel in den Weg geworfen und geschwiegen. So sehr ich Schippel als Menschen gern habe, als Politiker verurteile ich ihn. Schippel hat sich als Politiker überholt, er weiß nicht mehr, wie die Arbeiter über Agrarzölle denken, er ist der gelehrte Silbenstecher und Stubenhocker. Die Zollfragen sind nicht der einzige Differenzpunkt, denken Sie an Schippels Stellung zur Militärfrage. Die Zollfrage ist eine Machtfrage. Schippel ist sich über die Agrarzölle nicht klar. Er hat auch heute nicht gesagt, daß er jeden Agrarzoll aus innerster Ueberzeugung bekämpft. In der Partei ist für Schippel kein Platz mehr. Er selbst müßte das einsehen. Aus der ganzen Situation geht die Notwendigkeit einer klaren Aussprache hervor. Der Mann, der Parteigenosse soll aussprechen, was er denkt. Wenn er aber glaubt, es hört das keiner, so ist das unerhört. Schippel hat durch den Vortrag in Berlin, wie ich bei seiner Klugheit annehme, bewußt das Tischtuch zwischen sich und der Fraktion zerschnitten. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Schippel erklärt klipp und klar, daß er mit uns auf dem Boden des Kampfes gegen die Agrarzölle steht und ihn nicht verlassen wird. Aber Schippel hat sich selbst außerhalb der Fraktion gestellt und wir müssen auch das Amendement Freythaler annehmen. (Beifall.)

Düwell-Essen: Als früherer Redakteur der Dortmunder Arbeiterzeitung muß ich einiges gegen Schippel sagen: Nach Schippel sollen nur die berechtigt sein, über ihn zu urteilen, die sein Buch und seine Artikel gelesen haben. Aber er will selbst nichts von dem gegen ihn Geschriebenen lesen. Die Hauptsache erscheint mir nicht die Annahme einer Resolution, sondern daß klar ausgesprochen wird, daß die Parteigenossen von unten aus mit reformieren müssen. Sonst machen wir heute mit der Schippelei ein Ende, und morgen fängt es wieder an. (Bravo!)

Abg. Bebel: Parteigenossen! Man redet wieder von Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Aber selbst unter der Lupe könnte man nichts davon entdecken. In keiner Partei herrscht so große Meinungsfreiheit wie bei der Sozialdemokratie. Jeder Parteigenosse kann auf Grund wissenschaftlicher Untersuchungen etwas für falsch erklären. Aber er muß uns sagen, wie es besser gemacht werden soll. Schippel aber schreibt lange Bücher und hält Vorträge, in denen er die gegenwärtig herrschende Zollgesetzgebung als notwendig und im höchsten Interesse der herrschenden Wirtschaftsordnung gelegen darstellt. Er feiert sie geradezu als eine Politik von enormer Lebenskraft. Wie kann der Mann, der derartige Sätze als Postulat an die herrschenden Klassen aufstellt, ernsthaft die herrschende Wirtschaftspolitik bekämpfen? Das ist eine der Zweideutigkeiten

Schippels Darstellung der Fraktionsvorgänge war durchaus falsch und unrichtig. Nach dem Vortrag in Berlin III, der wie eine Provokation wirkte, waren die Parteigenossen außerlich. Wir stimmten überein: Schippel will herausgeschmissen sein. Nicht nach zweifelhaften und oberflächlicher, sondern nach gründlicht beratener Entschließung erging die Aufforderung der Fraktion an Schippel, sich klar auszusprechen. Nur in der Frage der Veröffentlichung gab es eine starke Minorität. Aber Schippel hat sich zunächst geweigert, auf die Forderung einzugehen. (Hört, hört!) Schließlich hat er auf 46¼ Spalten — auch heute mündlich — die herrschende Zollpolitik verteidigt: in einer halben Spalte hat er dann seine Meinung als Agrarzollgegner dargelegt. Weiß denn einer heute, wie er zu den Fragen steht? Er erklärt sich zum Schutzzöllner, er verwirft Agrar- und Industrieschutzzölle, wie steht er denn nun eigentlich zu den Fragen? Er mußte doch vor allem sagen, wie wir als Sozialdemokraten mit diesen Erscheinungen fertig werden sollen. Unser langes Abwarten beweist doch nur unsere Toleranz, unsere große Nachsicht. Es ist nicht wahr, daß der Inhalt seines Buches im Vordergrunde der Verhandlungen steht. Wir hatten gerade den Zollkampf und die Wahlschlacht hinter uns, da schlug das Referat Schippels wie ein Blitz aus heiterm Himmel ein. Bernstein stellt es auch dar, als wenn Schippel sich diese Improvisation nicht habe überlegen können. Aber wo ich spreche, spreche ich als Parteigenosse. (Sehr richtig!) Das ist ein charakteristischer Beweis für die Taktik dieses Mannes, daß er nie öffentlich sagt, was er meint. Er sollte Jägrimm als richtigen Familiennamen tragen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Einst stand er auf dem äußersten linken Flügel, jetzt sagen intime Freunde von Schippel, daß er nicht mehr zu uns gehört. Schippel hat uns stets Verlegenheiten gemacht, bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen, bei der Maifeier, auf dem Parteitag in St. Gallen und schließlich sein mehr als merkwürdiges Verhalten in der Agrarfrage in Breslau. Und immer die höhnende herabsetzende Weise gegen das, was er am Tage vorher selbst geglaubt hat. (Sehr richtig!) Dann sein Militärartikel in den Monatsheften. So lange die Partei besteht, ist über unser Programm beraten von einem Parteigenossen noch nicht gesagt worden. Dann kamen seine Stuttgarter Zoll-, seine Hamburger Kanonenrede. Liebknecht und ich waren so naiv, Schippel in Schutz zu nehmen. (Zuruf: Leider!) Als wir Schippel die Ausarbeitung des Reichstagshandbuches übertrugen, das schweres Geld kostete, aber meist unbrauchbar und irreführend war, brachte er uns über Militär- und Marinefragen ein Manuskript von 57 Seiten, von dem 4 ohne Quellenangabe aus Eugen Richters Abc abgeschrieben waren. Richter hätte auch das ganze Manuskript geliefert haben können. Als Fischer und ich das für unannehmbar erklärten, lieferte er nach ein paar Wochen einen Artikel, der allen Anforderungen entsprach. (Hört, hört!) Nun gebe ich zu, daß der Ton in Parteidebatten oft unangenehm ist, ich will auch gar nicht bestreiten, daß ich selbst in der Hitze des Kampfes gegen einen Parteigenossen einmal über die Schnur gehauen habe. (Sehr richtig!) Aber es ist doch etwas anderes, wenn man in der Ruhe zu Hause sich hinsetzt und schreibt, was die ganze Partei in den Augen der Gegner herabsetzt. Schippels sachliche Anschauungen sind den Parteigenossen durch hinlänglich lange objektive Referate aus den großen Parteizeitungen bekannt. Wir wollen Schippel nicht ausschließen. Vielleicht wird mancher sagen, er werde dazu gezwungen sein; mir sollte das leid tun. Aber wie oft hat sich in den letzten 18 Jahren Parteivorstand und Fraktion mit Schippel beschäftigen müssen! Und immer wieder schlägt Schippel bei allen seinen Wandlungen den hochfahrenden Ton der Unfehlbarkeit an. So erzeugt er die Erbitterung, die die Partei schwer schädigen muß. Wenn wir 10 Schippels hätten, würde eine vollständige Zerrüttung der Partei die Folge sein. Wer die dann notwendige Spaltung vermeiden will, der verlange, daß jeder von uns sich als Sozialdemokrat benimmt und sich so zum Parteiprogramm stellt, daß wir allegeit wissen, daß wir es mit einem Genossen zu tun haben. (Lebh. Beifall.)

Abg. v. Elm-Hamburg: Schippel hat nach meiner Ueberzeugung niemals Agrarzölle befürwortet, er hat uns erklärt, daß die Agrarzölle vom Standpunkt der kapitalistischen Gesellschaft eine Notwendigkeit seien. Das ist kein Majestätsverbrechen. Wir sagen auch, der Militarismus ist für die herrschenden Klassen notwendig, und bekämpfen deshalb doch den Militarismus. Auch Schippel hat die Agrarzölle als Zollwucher stets bekämpft. Er kommt trotz verschiedener Beurteilung der handelspolitischen Strömungen zu demselben Schluß wie wir. Schippel ist nach meiner Meinung nicht inkonsequent. In der Fraktion war durchaus nicht alles gegen Schippel. Er soll Waffen für die Gegner geliefert haben. Das haben Bebel, Stadthagen und andere auch schon mit einzelnen Aussprüchen getan. Wir sind im Begriff, ein großes Unrecht zu tun. Die Vergangenheit Schippels steht nicht in Frage. Ich bewundere Schippel nicht, er hält mir nicht genug Stange. Aber Schippel ist kein Agrarzöllner. Der Ton war auf beiden Seiten nicht schön. Wird jeder auf die Anklagebank gezerrt, der sich gegen den Ton vergangen hat, so müßte die Bank sehr voll werden. Ich meine, der Parteitag ist zu einer solchen Beurteilung Schippels, wie sie beabsichtigt ist, nicht berechtigt.

Dr. Leo Arons-Berlin erklärt sich für die Resolution Paeplow. Mit Schippel müsse ein wahres Wort gesprochen werden, aber in so anständiger Form, wie es einem so alten Parteigenossen gegenüber ziemt. Die Resolution Bebel verwischt zu sehr Tatsachen und Urteile. Der letzte Absatz über den Ton ist ungerecht. Die Resolution Freythaler ist unannehmbar und des Parteitags nicht würdig. Wenn so Stellung genommen werden soll, dann muß der Parteitag den Ausschluß Schippels beschließen. Dazu aber ist kein Anlaß vorhanden und deshalb trifft die Resolution Paeplow das Richtige.

Hoch-Hanau polemisiert gegen Schippel, der sein Verhalten in der Zollkommission falsch dargestellt habe. Das Buch werde Schippel nicht zum Vorwurf gemacht, nur was er nachher gemacht habe. Schippel habe nie gegen Posadowsky Front gemacht, wenn dieser ihn gegen die Partei ausgespielt hat. Der Vortrag im dritten Kreise hat dem Faß den Boden ausgeschlagen. Er hat nicht die Absicht gehabt, damit die Partei zu schädigen, aber den Erfolg hat der Vortrag gehabt und ein Mann, der diese Folgen nicht voraussieht, gehört nicht an führende Stellung. Mit Bernsteins Resolution ist die Konfusion auf die Spitze getrieben. Ein milder Tadel für Schippel ist nicht am Platze. Es muß deutlich gesagt werden, Schippel ist nicht mehr fähig, eine führende Rolle zu spielen. Die Resolution Freythaler genügt. Von einem Herausschmeißen aus der Partei ist nicht die Rede. Wir sagen, er darf nicht Führer sein. Das Mißtrauensvotum ist so deutlich, daß Schippel die Konsequenzen ziehen muß, wenn noch ein Fünkchen Würde in ihm ist. (Beifall.)

Abg. Grenz-Leipzig: Auch im Verbreitungsbezirk der Chemnitzer Volksstimme sind zahlreiche Stimmen gegen Schippel laut geworden. Schippels Ausweichen hat die Genossen empört, auch ist uns der Standpunkt Schippels in der Wahlagitation entgegengehalten worden.

Kautsky: Es ist der Ton hier bemängelt worden, den Parvus und ich angeschlagen haben. Aber Schippel soll nicht deswegen getadelt werden, weil er uns zu scharf angefaßt hat, sondern weil er einen verächtlichen Ton gegen die Masse der Parteigenossen angeschlagen hat. Auch in Dresden hat niemand sich geringschätzig über die Partei selbst ausgesprochen. Schippel behauptet, daß in dem bloßen sich Entrüsten von Parteigenossen ein Beweis von Fähigkeit und Gesinnungstüchtigkeit gesehen werde. Als einsichtslose Herde betrachtet Schippel die Parteigenossen. So sprechen nicht einmal die anständigen unserer Gegner. Sachlich ist Schippel schwer zu packen. Seine heutige Rede war so inhaltslos wie seine 47 Spalten. Das genügt nicht, daß er sagt, ich bin Gegner der Agrarzölle, dazu kann man auch einen Papagei abrichten. Wir müssen verlangen, daß Schippel diese Feindschaft gegen Agrarzölle richtig begründet. Wir müssen als Partei der Propaganda von Schippel eine klare Aeußerung verlangen. Sein Buch ist keineswegs nur eine historische Umstellung, sondern enthält auch statistisches Material zu gunsten der Schutzzöllner, und in seinen Artikeln behauptet Schippel, daß ohne Agrarzölle die mitteleuropäische Landwirtschaft zusammengebrochen wäre, daß das falsch ist, beweisen Holland, Dänemark, auch Deutschland nach dem Zollreformkriege. Und in England ist das Sinken der Rente der Grundbesitzer der einzige Notstand der Landwirtschaft. Aber nicht als Theoretiker interessiert uns Schippel, sondern als sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, der die Partei hemmt. Und da hat sich trotz aller theoretischen Streitigkeiten der letzten Jahre in dieser eminent praktischen Frage sofort unsere volle Einmütigkeit herausgestellt. Schippel selbst hat sich diesem Verdikt gefügt und sich als Gegner der Agrarzölle ohne jede Begründung bekannt. Diese Einmütigkeit gibt uns die Gewähr, daß wir im Kampfe gegen die Agrarier die Führung behalten und neue Siege erringen werden. (Lebhafter Beifall.)

Dann Mittagspause.

* * *

Nachmittagssitzung.

Eine während der Mittagspause eingebrachte Resolution Katzenstein, die Schippel wegen seiner gründsätzlichen Abweichung von der Mehrheit der Parteigenossen in einer wichtigen praktischen Frage zur Niederlegung seines Mandats auffordert, wird nicht genügend unterstützt.

Nach weiterer Debatte, an der sich Stücklen, Langer-Chemnitz, Cunow, Antrick, Frau Zietz, Bartels-Dortmund, Südekum, Schöpflin, Katzenstein, Schippel und Ledebour beteiligen, wird die Abstimmung vorgenommen.

Zunächst werden in der Resolution Bebel in der dritten Zeile des letzten Absatzes die Worte „und Parteigenossen" auf Wunsch mehrerer Delegierter unter Zustimmung Bebels gestrichen.

Bei der Abstimmung wird zunächst die Resolution Bernstein gegen etwa 15 Stimmen abgelehnt, ebenso die Resolution Paeplow gegen etwa 30 Stimmen.

In namentlicher Abstimmung wird hierauf die Resolution Bebel mit 234 gegen 44 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über das Amendement Freythaler ist seine Annahme mit 150 gegen 126 Stimmen bei 2 Enthaltungen (Gerisch und Pfannkuch) und derselben Zahl Entschuldigter wie bei der ersten Abstimmung. — Die ausführliche Debatte und die Namen der Abstimmenden tragen wir in morgiger Nummer nach.

Dritte Konferenz sozialistischer Frauen.

Als eine Art Präludium zu den gewichtigen Verhandlungen, die am Sonntag abend in Bremen begannen, darf man die Konferenz der sozialistischen Frauen Deutschlands bezeichnen. Gezwungen durch die ungünstigen vereinsgesetzlichen Bestimmungen der meisten und wichtigsten Bundesstaaten sind die proletarischen Frauen genötigt, außerhalb der eigentlichen Organisation der deutschen Sozialdemokratie die politische Aufklärung der Arbeiterinnen anzustreben. Zu diesem Grunde tritt noch der weitere, daß es besonderer nur von Frauen recht zu beurteilender Maßnahmen bedarf, um die historisch begründete Indifferenz der Frauen gegenüber den politischen Tatsachen und Theorien zu brechen.

Daß von Konferenzen wie der heutigen eine Förderung der proletarischen Frauenbewegung zu erwarten ist, wird jeder zugeben, der das Vergnügen hatte, den ebenso interessanten wie bedeutungsvollen Verhandlungen des heutigen Tages beizuwohnen. Fast jede der Teilnehmerinnen an der Konferenz ist eine höchst achtenswerte Rednerin; zum Teil führen die Genossinnen das Wort mit einer geradezu bezwingenden Ueberzeugungskraft und Innerlichkeit. Das gilt besonders von Frau Zietz, deren Referat über das Kinderschutzgesetz selbst für Fachleute ein kleines Meisterwerk an Klarheit, logischer Folgerichtigkeit und agitatorischer Schlagkraft war. An glühendem Temperament, durch die heilige Begeisterung für die große Sache des Sozialismus alles mit sich fortreißend, bleibt die Genossin Zetkin unerreicht.

Aber auch jede der Teilnehmerinnen an der Konferenz hat etwas zu sagen. Sie reden nicht, um zu reden, sondern um zu der in Frage stehenden Angelegenheit wertvolle praktische Fingerzeige oder schätzenswertes, aus eigener Erfahrung gesammeltes Material beizusteuern.

Die Verhandlungen der Konferenz spielten sich auf einem erfreulich hohen Niveau ab. Kein Mißklang störte den Ernst der Beratungen, keine persönliche Schärfe, geschweige Gehässigkeit trübte den sachlichen Gewinn. Wohl kam es zu einigermaßen erregten Auseinandersetzungen, doch richteten sich diese nicht gegen Teilnehmer der Konferenz, gegen Gesinnungsgenossinnen, sondern gegen die bürgerliche Frauenbewegung.

Genosse Dr. Michels glaubte den proletarischen Frauen einen zarten Vorwurf daraus machen zu müssen, daß sie an dem internationalen Frauenkongreß in Berlin nicht teilgenommen hatten. Und eine „zur äußersten Linken der Frauenbewegung" gehörige Dame aus Hamburg leistete dem Genossen Michels Sukkurs. Aber die Genossinnen Zietz, Popp-Wien und Zetkin und der Genosse Josephson wiesen diese irrigen Meinungen mit erfreulicher Entschiedenheit und Unzweideutigkeit zurück. Besonders die Genossin Zetkin fand in fein und scharf pointierter Rede die richtigen Worte zur Kennzeichnung der bürgerlichen Frauenbewegung und der Stellung der proletarischen Frauen dazu.

Der Zentralvertrauensperson wurde Decharge erteilt. Nach einem vortrefflichen Referat der Genossin Zietz über Kinderschutz und einer längeren Diskussion, in der der fortdauernde Mißbrauch der Kinderarbeit trotz des Kinderschutzgesetzes hervorgehoben wurde, fand eine Resolution der Referentin einstimmige Annahme, die die Forderungen der Frauen an die Gesetzgebung in Sachen des Kinderschutzes enthält.

Am Sonntag eröffnet die Vorsitzende Frau Zetkin die Sitzung des zweiten Verhandlungstages. Nach Feststellung der Mandatsprüfungs-Kommission nehmen an der Konferenz 32 Delegierte teil, darunter sind sechs männliche.

Frl. Baader-Berlin hält das Referat über den Zehnstundentag. Von einer Diskussion wird abgesehen, da allgemeines Einverständnis mit den Ausführungen der Referentin herrscht.

Frau Zetkin hält hierauf das Referat über die Volksschule.

Gegen den Schluß ereignet sich ein bemerkenswerter Zwischenfall. Die Referentin bemerkte: Ich will hier abbrechen, weil die Zeit schon vorgeschritten ist. (Ein bürgerlicher Berichterstatter sagt rüpelhafterweise so laut, daß es die Rednerin hört: Sehr schön!) Verehrter Herr, wir brechen ab, wenn wir es für gut finden, nicht wenn die Vertreter der bürgerlichen Presse sich gelangweilt fühlen. (Lang anhaltendes Händeklatschen.) — Die stellvertretende Vorsitzende Frau Zietz: Die schlagfertige Antwort, die Genossin Zetkin auf den ganz ungerechtfertigten und ungehörigen Zwischenruf der Vertreter der bürgerlichen Presse gegeben hat, überhebt mich der Aufgabe, ihn nochmals zu rügen. Ich will nur noch sagen, daß die Vertreter der bürgerlichen Presse das Gastrecht dadurch mißbrauchen, daß sie sich hier in der lautesten und störendsten Weise unterhalten. (Lebhafte wiederholte Pfuirufe bei den Delegierten und Zuhörern.)

Frau Zietz-Hamburg referiert hierauf über das Thema Vereins- und Versammlungsrecht. Ihre Ausführungen gipfeln in folgender Resolution: Die Konferenz der sozialistischen Frauen erhebt nachdrücklichst Protest gegen die vereinsgesetzlichen Bestimmungen, welche in einer Reihe deutscher Bundesstaaten das Vereins- und Versammlungsrecht des weiblichen Geschlechts beschränken und ihm dadurch eine unwürdige, seine Interessen schädigende Ausnahmestellung anweisen. — Sie brandmarkt insbesondere die Praxis dieser Bestimmungen, welche mittelst kühner Interpretationskünste das kümmerliche gesetzliche Recht des weiblichen Geschlechts für die Proletarierinnen aufs äußerste einschränkt, ja aufhebt, für die Frauen des werktätigen Volkes und die Damen der besitzenden Klassen zweierlei Recht schafft, einen unglaublichen Wirrwarr der Begriffe über gesetzlich Zulässiges und Verbotenes und eine Rechtsunsicherheit ohnegleichen erzeugt. — Die Konferenz fordert für das Deutsche Reich ein einheitliches und freiheitliches Vereins- und Versammlungsrecht, das auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet Frauen wie Männern das gleiche Recht zuerkennt. — So lange diese Forderung nicht erfüllt ist, macht sie es den Genossinnen zur Pflicht, in Gemeinschaft mit den Genossen dafür zu sorgen, daß die vielfach beliebte Praxis des zweierlei Rechts und der Textdeutung energisch zurückgewiesen und bekämpft wird. Desgleichen fordert sie Beseitigung des Instituts der politischen Polizei."

In der Diskussion gibt sich allseitiges Einverständnis mit den Darlegungen der Referentin kund. Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Zum nächsten Punkt, Presse, hält Frau Kaehler-Dresden das Referat. Frau Zetkin teilt mit, daß die Gleichheit vom nächsten Jahre ab mit einer monatlichen Unterhaltungsbeilage versehen werden soll, die der Belehrung der Frau als Hausfrau und Mutter dienen soll, was freudige Zustimmung bei den Delegierten findet. — Unter allseitiger Zustimmung wird hierauf Frl. Baader-Berlin als Zentralvertrauensperson wiedergewählt. Damit ist die Tagesordnung der Konferenz erschöpft. Frau Zetkin schließt die Konferenz mit einer begeistert aufgenommenen Schlußansprache.

Halle und Saalkreis.

Halle, 22. September.

Der Magistrat als Diener einer privaten Versicherungs-Gesellschaft.

Am Montag wurde, wie schon berichtet, in der Stadtverordneten-Sitzung über den Fall Tuve verhandelt. Die Angelegenheit scheint uns nach der grundsätzlichen wie nach der praktischen Seite nochmaliger Erwägung wert. Tuve war seit 1894 als städtischer Angestellter tätig, ist vom früheren Bürgermeister Schmidt als Beamter vereidigt worden, bekleidete die Stelle eines Meldeschreibers und hatte am 16. August 1901 das Unglück, als er im Hof der Polizeiwache, Klosterstraße 6, nach dem Abort ging, infolge fehlerhaften Liegens des Deckels auf dem Reinigungsschachte hinzustürzen und den linken Unterschenkel zu brechen.

Nach langem Krankenlager war endlich Tuve wieder so weit hergestellt, daß er an zwei Krücken gehen konnte, die er auch heute noch beim Laufen benutzt. Tuve strengte gegen die Stadt eine Entschädigungsklage an. Von seinem früheren Einkommen, das 900 bis 1100 M. betrug, hatte er sich keine Reichtümer sammeln können, so daß er bald in bittere Not geriet. Die Ersatzpflicht der Stadt war zweifellos. Trotzdem ließ es die Stadt auf eine Klage ankommen, weil die Versicherungs-Gesellschaft Atlas, welche bei vorkommenden Unfällen an Stelle der Stadt haftpflichtig ist und die dafür jährlich eine sehr beträchtliche Summe von der Stadt erhält, das verlangte. Endlich am 14. Oktober 1902, volle vierzehn Monate nach dem Unfalle, erkannte das hiesige Landgericht die Berechtigung der Tuveschen Forderung an. Tuve war inzwischen in ganz bedrängte Verhältnisse gekommen. Doch auch jetzt bezahlte der Atlas nicht, sondern er verlangte vom

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219040923-18/fragment/page=0006

Magistrat, dieser solle Revision einlegen, und der Magistrat war gehorsam und tat das. Wieder verstrichen fast dreizehn Monate, bis am 6. November 1903 das Reichsgericht die Revision des Magistrats verwarf. Selbst jetzt zahlte der Atlas nicht, sondern er ließ es betreffs Höhe der Entschädigung auf einen neuen Prozeß ankommen. Am 15. Dez. 1908 machte zwar Stadtverordneter Föhring, der dem Magistrat als Rechtsanwalt in dem Prozesse diente, den Vorschlag, Tuve solle mit dem Atlas einen Vergleich abschließen; als aber Tuve eine Jahresrente von 600 M. forderte, war das der Gesellschaft zu viel. Inzwischen — schon im August 1903 hatte Oberbürgermeister Staude dem Unglücklichen mitgeteilt, daß er aus der Bürgerliste gestrichen sei, weil er Armenunterstützung bezogen habe. Nun begann die Komödie mit den ärztlichen Gutachten über den Grad der durch den Unfall bewirkten Erwerbsunfähigkeit. Der eine Arzt bemaß dieselbe auf 66 Prozent, Professor Leser nur auf 35 bis 40 Prozent.

Endlich am 7. April 1904 erkannte das hiesige Landgericht dem Kläger Tuve eine monatliche Rente von 80 M. zu und für die frühere Zeit einen Betrag von 1485.50 M. Zwei Drittel der Kosten wurden dem Magistrat auferlegt, ein Drittel dem Kläger. Der Magistrat mußte sich in dem Urteil sagen lassen, es sei unzulässig, die Bezüge aus der Krankenkasse dem Tuve als Einkommen anzurechnen, was der Magistrat bezw. Herr Föhring versucht hatten, um den Ausfall an Einnahmen möglichst gering erscheinen zu lassen. Diese Belehrung hätte sich der Magistrat schon vorher leicht durch das Arbeitersekretariat verschaffen können. Auch gegen dieses Urteil legte der Magistrat, gehorsam der Anweisung des Atlas, Berufung ein, so daß am 11. Oktober das Oberlandesgericht Naumburg sich mit der Sache zu befassen haben wird. Am 11. Juni 1904 schrieb Oberbürgermeister Staude an Tuve: „Unsere (!) Haftpflicht-Gesellschaft will die Berufung zurückziehen, wenn Sie sich mit 1200 Mk. Entschädigung und 20 Mk. Monatsrente zufrieden geben."

Hier liegt also die erhebende Tatsache vor, daß der Oberbürgermeister einer Großstadt, der sich noch vor wenigen Tagen stolz als deren „Oberhaupt" bezeichnete, mit einem armen Krüppel feilscht und den Zwischenhändler zwischen diesem und „unserer" Haftpflicht-Gesellschaft spielt. — Wie erhaben fühlen und geberden sich doch so oft manche Herren gegenüber den Arbeitern. Aber im vorliegenden Falle die Rolle eines mäkelnden und feilschenden Zwischenhändlers zu spielen, das hätte so leicht kein sozialdemokratischer Arbeiter übernommen.

Zwei Möglichkeiten sind gegeben: Entweder fühlte der Magistrat das Entwürdigende seiner Situation als Diener einer privaten Versicherungsgesellschaft, dann müßte er wenigstens protestiert und mit sofortiger Kündigung des Vertrags gedroht haben. Oder er fühlte nicht, in welche Lage er durch den Vertrag gezwungen wurde, dann wird die Bürgerschaft wissen, was sie von den hochtrabenden Worten und Versicherungen zu halten hat, die manchmal vom Magistratstische aus gefallen sind.

Uns erscheint die Lage, in welche die Stadt durch den mit dem Atlas abgeschlossenen Vertrag geraten ist, so demütigend, so würdelos, daß wir mit der offenen Bezeichnung des Gefühls, das uns beschleicht, lieber zurückhalten wollen; denn Herr Staude ist manchmal sehr empfindlich. Daß aber nicht ein einziger der bürgerlichen Stadtverordneten, auch nicht ein einziger, bei Besprechung des Falles den sozialdemokratischen Redner unterstützt hat, zeigt, was sich das honette Bürgertum bieten läßt. Freilich: Es war ja nur ein städtischer Meldeschreiber, der verunglückt ist.

Der echte Arbeiterfreund.

Recht besorgt um das Wohl des Allgem. Konsumvereins ist unsere wackere Giftnudel, die Hall. Zeitung. In einem zwei Spalten langen Artikel schreibt sie über den Rückgang des Allgem. Konsumvereins. Als Unterlage dient ihr der Jahresbericht dieses Vereins. Recht machen können es die Arbeiter der Hall. Ztg. auf keinen Fall. Ist der Reingewinn groß, so ruft sie den Arbeitern zu: „Seht, wie teuer Ihr die Waren im Konsumverein bezahlen müßt! Seid keine Toren, kauft beim Mittelstande!" Setzt dann der Konsumverein die Preise so, daß die Mitglieder von dem Reingewinn nicht noch die Staatskasse mit überflüssigen Zehntausenden zu füllen brauchen, bleibt also der Reingewinn hinter den früheren Erträgen zurück, so jubiliert die Giftnudel: „Seht, Arbeiter! Euer Verein geht zurück! Rennet, rettet, flüchtet!" Zwischendrein wird dann wieder das hohe Lied des Rabattvereins gesungen.

Die Hall. Ztg. braucht sich wirklich keine Sorgen um den Allgem. Konsumverein zu machen. Die Korinthaus-Genossenschaft, die der Hall. Ztg. so nahe stand, ist allerdings verkracht; beim Allgem. Konsumverein braucht sie das nicht zu befürchten. Was dieser Verein jetzt im Bau seines Zentrallagers und der Bäckerei geleistet hat, ohne weiteren Kredit in Anspruch nehmen zu müssen, ist vielmehr ein Beweis von so strotzender Gesundheit, daß die Hall. Ztg. alle Finger darnach ausstrecken würde, wenn es möglich wäre, ihrer Abonnentenliste auch nur einen ganz kleinen Teil von dem Kraftüberfluß einzuflößen. Die Hall. Ztg. weiß gar nicht, wie einfältig ihr Geschreibsel ist. Das ist ihre einzige Entschuldigung, aber auch ihr größtes Unglück. — Unheilbar!

Gewogen und zu leicht befunden

wurden die von dem Gute des Landwirts Tarlatt in Müllerdorf eines Tages hier auf dem Wochenmarkte feilgebotenen Butterstücke. Die Polizei beschlagnahmte 37 Stück Butter und zog den Gutsbesitzer zur Verantwortung, der, wie man sagt, mit einer kleinen Geldstrafe davon gekommen sein soll. Gestern war die Verkäuferin der Butter, die Händlerin Henriette Bönicke, vor der Strafkammer angeklagt, weil sie sich ebenfalls strafbar gemacht haben sollte. Das Schöffengericht hatte die Frau ganz mit Recht freigesprochen, da sie annehmen mußte, sie werde von dem Gutsbesitzer reell bedient und sei nicht verpflichtet, die Butter noch einmal nachzuwiegen. Der Amtsanwalt verlangte aber auf Grund eingelegter Berufung Bestrafung. Da sich in der gestrigen Strafkammersitzung, wo die Sache zum zweiten Male verhandelt wurde, noch zum Ueberfluß herausstellte, daß Frau Bönicke die Butter nur als Tagelöhnerin des Gutsbesitzers verkaufte, und nicht einmal Prozente davon erhielt, nahm der Staatsanwalt die von dem Amtsanwalt gegen das freisprechende Urteil eingelegte Berufung zurück.

Die gestörte Schafherde.

Der Boununternehmer Reinicke, der, wie wir seinerzeit berichtet, vom Amtsvorsteher v. Bülow in Dieskau wegen Beunruhigung einer Schafherde ein Strafmandat von 15 Mk. erhalten hatte, stand heute vor dem Schöffengericht. Das Gericht nahm auch grben Unfug als erwiesen an und verurteilte Reinicke zu 5 Mk. Geldstrafe. Wahrscheinlich wird sich noch das Landgericht damit beschäftigen.

---

* **Die ausgebrochenen Differenzen** des hiesigen Lederarbeiter-Verbandes mit der Firma Matthesius sind heute beigelegt worden. Herr Matthesius hat sich bereit erklärt, bei Bedarf Verbandsmitglieder einzustellen, überhaupt den Arbeitern wegen ihrer Verbandszugehörigkeit Schwierigkeiten nicht in den Weg legen zu wollen.

Der Vorstand des Lederarbeiter-Verbandes zu Halle a. S.

* **Die Ortskrankenkasse** für Maler, Sattler, Tapezierer, Buchbinder, Gerber 2c. hält am Montag, den 26. ds., eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der entweder die Auflösung der Kasse oder die Erhöhung der Beiträge beschlossen werden soll. Die Kasse steht auf so schlechten Füßen, daß jedesmal am Jahresschluß statt des vorgeschriebenen gesetzlichen Reservefonds noch eine Anzahl Schulden zu decken sind. Durch die Krankenkassennovelle, welche den Bezug von Krankengeld von 13 auf 26 Wochen erhöhte, war die Kasse bereits gezwungen worden, die Beiträge auf eine ganz exorbitante Höhe zu bringen. Es werden jetzt folgende Wochenbeiträge bezahlt: 1. Klasse 1.35 M., 2. Klasse 1.05 M., 3. Klasse 81 Pf. usw. Trotz dieser doch schon ungeheuerlichen Beitragssätze war doch schon bereits wieder von der Aufsichtsbehörde eine Erhöhung der Beiträge um 5 Proz. gefordert worden. Dies wurde abgelehnt und vielmehr beschlossen, die Auflösung der Kasse anzubahnen. — Da nun die zweite Versammlung unter allen Umständen beschlußfähig ist, empfiehlt sich für die beteiligten Berufe zahlreicher Besuch der Versammlung.

* **Ein ungerechtfertigtes Strafmandat** hatte der bekannte Amtsgerichtsrat Dr. Bindseil, ehemaliger Reichstagskandidat, erhalten, weil er am 23. April dieses Jahres den vor seinem Grundstücke befindlichen Straßenteil nicht rechtzeitig gekehrt haben sollte. Das Schöffengericht, das sich zuerst mit der Sache befaßte, sprach den Angeklagten frei, wogegen aber der Amtsanwalt Berufung eingelegt hatte. Dr. Bindseil gab an, die Straßenreinigung seinem Hausmann übertragen zu haben, der sie seit 14 Jahren ordnungsmäßig besorgt habe. Er hätte sich auch im vorliegenden Falle darauf verlassen können, daß die Straße ordentlich gekehrt werden würde. Der Staatsanwalt meinte aber, Dr. Bindseil hätte sich um die Sache mehr kümmern müssen und beantragte 1 Mark Geldstrafe ev. 1 Tag Haft. Das Gericht verwarf die Berufung des Amtsanwalts und sprach Dr. Bindseil frei, da auch nicht nachgewiesen sei, daß er fahrlässig gehandelt habe. — Die Freisprechung wird dem früheren Staatsanwalt Dr. Bindseil, der in seiner Amtstätigkeit sehr viele Strafanträge gestellt hat, einmal gut getan haben, und er kann ermessen, wie es tut, wenn man ungerechtfertigt angeklagt wird und nach der Ansicht eines früheren Kollegen eine Mark zahlen soll. Allerdings ist das Gefühl in kleinen Sachen nicht so schmerzbereitend, wie in großen.

* **Entwendete Sparkassenbücher.** Der Witwe Smarsiek, Wörmlitzerstr. 102 wohnhaft, sind kürzlich zwei Sparkassenbücher gestohlen worden, in denen etwa 1200 M. eingetragen waren. Frau S. hatte gar keine Ahnung von ihrem Verlust. Als ihr daher am Dienstag abend durch die Post die zwei Bücher wieder zugestellt wurden, war sie höchst erstaunt, um so mehr, da die Diebe von den Ersparnissen 300 M. am Montag abgehoben haben.

* **Die Brandwunden,** die der Monteur Gericke von der Firma Hempel u. Liebmann in Merseburg bei der Explosion eines Lötapparats im Gesicht erlitt, haben sich doch nicht als so schwer herausgestellt, wie bei der ersten Untersuchung angenommen werden mußte. Wenn auch die Wunden ganz erheblicke sind, so bleibt doch dem Verunglückten das Augenlicht erhalten.

* **Neue Erfindungen.** Wochenbericht vom Patentbureau Kipp u. Büttner, Hamburg, Glockengießerwall 21, über: Patent-Erteilungen: Globoidschneckengetriebe mit Rollenzähnen am Schneckenrade; Otto Bekrun, Coswig. — Gebrauchsmuster-Eintragungen: Zusammenlegbarer Ansteckegegenstand mit aus Wabenpapier gebildetem auseinanderziehbaren Mittelteil; Laessig u. Co., Halle. — Schaukastendeckel mit festliegendem durchsichtigen und aufklappbaren undurchsichtigen Teil; Adolf Lange, Burgstädt. — Das Bureau erteilt unseren Lesern Rat und Auskunft in allen Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichen-Angelegenheiten kostenlos.

* **Aus dem Bureau des Stadttheaters.** Gerhardt Hauptmanns Rose Bernd wird die 2. Aufführung Sonnabend, den 24. ds., erleben. Freitag findet letzte Aufführung des Lustspiels Sein Prinzeßchen statt. — Die **erste Volks-Vorstellung** bringt am Sonntag nachmittag 3½ Uhr Göthes **Iphigenie.** Es gelten bekanntlich die kleinen Einheitspreise von 60, 40 und 25 Pf. Eintrittskarten und Textbücher sind in der **Volksbuchhandlung,** Geiststraße 21, zu haben. — Abends 7½ Uhr setzt die Opern-Saison mit Richard Wagners Lohengrin ein; in Vorbereitung befinden sich die Opern Das Glöckchen des Eremiten, Mozarts Zauberflöte, Verdis Aida, Gounods Margarete 2c., ferner eine Novität ..... so ich Dir von Lindau. Die Direktion hat soeben den neuen Hartleben Im grünen Baum zur Nachtigall für Halle angekauft.

* **Aus dem Bureau des Neuen Theaters.** Freitag geht George Ohnets 4aktiges Schauspiel Der Hüttenbesitzer nochmals in Szene. Am Sonnabend, den 24. ds., findet keine Vorstellung statt, da das Theater wegen der Generalprobe zur ersten Novität Gastons Hochzeit, Schwank in 3 Akten von de Cottens und Pierre Veber, geschlossen bleibt.

Aus Könnern geht uns eine Mitteilung zu, für deren Richtigkeit unser Gewährsmann sich im vollem Umfange verbürgt und die in ihren Einzelheiten so skandalös ist, daß unbedingt ein Eingreifen der zuständigen Instanz gefordert werden muß, zumal es sich um ein schwachsinniges Mädchen handelt, dem Gewalt angetan worden ist, und die örtliche Polizeibehörde zu versagen scheint. Der Sachverhalt ist folgender:

Am 4. September fand in Könnern das 25jährige Stiftungsfest des dortigen Kriegervereins statt. Vorher hatten schon die Ehrenjungfrauen, um das Geld für ein Fahnenband zusammenzubringen, auch die allerärmsten Leute nicht mit Anbetteln verschont. Unter dem Vorgeben, es solle „ein Volksfest" werden und bei dem Feste sei alles frei, sammelten sie Beiträge überall ein, obwohl es dann eine Mark Tanzgeld kostete. Beim Feldgottesdienste zog dann der Diakonus Kirchberg wacker vom Leder gegen den „inneren Feind". „Wir müssen den inneren Feind, unser eigenes Fleisch und Blut bekämpfen," sagte er. Das letztere hätte sich sollen der über sechzig Jahre alte Kriegervereinler Straube zu Herzen nehmen. Er bekämpfte leider sein Fleisch nicht, sondern er machte sich an eine Schwachsinnige Namens Rolle heran, fragte sie nach dem Namen, kaufte ihr Zuckerzeug und schob sie dann in eine finstere Laube im Garten, wo er sie vergewaltigte. Als die Rolle schreien wollte, warf Straube ihr die Kleider über den Kopf und drohte ihr nach ihrer Behauptung mit Prügeln. Nachdem Straube seine Wollust befriedigt hatte, sagte er, das Mädchen solle nur zu dem Vater nichts sagen, sonst gebe es Schläge und alle beide bekämen Strafe. Der alte Wüstling war sich also der Strafbarkeit seiner Handlung bewußt.

Der Vorgang war von Frauen beobachtet worden, die leider nicht so viel Solidarität mit dem Mädchen bekundeten, daß sie dem Straube das Opfer entzogen. Auch die Polizei erfuhr von der Sache, **denn der Polizist Hoffmann empfahl der Mutter des Mädchens, sie möge sich mit Straube einigen.** Frau Rolle machte jedoch Anzeige beim Bürgermeister Schmidt. Zunächst erklärte Schmidt: **„Das kann ich nicht annehmen. Das Mädchen ist 21 Jahre und hat nicht einmal geschrien."** Als Frau Rolle entgegnet, wie es wäre, wenn es sich um ein reiches Mädchen gehandelt hätte, erwiderte Schmidt nach der Behauptung der Frau: **„Dann wäre das auch wieder etwas anderes."** Frau Rolle kündigte nun an, sie werde sich nach Halle wenden. Darauf sagte Schmidt: „Frau, Sie haben wohl den Kopf erfroren? Was wollen Sie denn in Halle? **Dort nehmen sie das auch nicht an."** — Die Frau ist in der Tat durch das Verhalten des Bürgermeisters so schwankend geworden, daß sie nicht weiß, was sie tun soll.

Das Lokalblatt von Könnern hat natürlich von dem Falle keine Notiz genommen. Als freilich seinerzeit ein Mädchen auf der Goltzierstraße von einem Manne angefallen wurde, detrat das Blatt warm für die Prügelstrafe ein. Im vorliegenden Falle dagegen magt Herr Knauff nicht, sich des schutzlosen Mädchens anzunehmen und der Entrüstung über die Tat des Straube Ausdruck zu geben. — Der Kriegerverein, der jeden ausschließen soll, welcher ehrlich seine sozialdemokratische Ueberzeugung vertritt, hat bis jetzt keine Schritte gegen Straube unternommen. Und auch die Arbeiter, die leider noch dem Kriegervereine angehören, regen sich nicht. Für ihre Moralbegriffe ist das ebenso bezeichnend, wie es beschämend ist, daß nach allem, was das Lokalblatt getan und nicht getan hat, es noch gar mancher Arbeiter über sich gewinnt, ein solches Blatt zu halten. So lange ein Arbeiter so wenig Selbstachtung zeigt, braucht man sich allerdings nicht zu wundern über die Mißachtung, die ihm so oft zu teil wird. Bemerkt sei noch, daß sowohl Straube mit Orden und Ehrenzeichen dekoriert ist, wie auch der Bürgermeister Schmidt vor kurzem in Anerkennung seiner Tüchtigkeit mit einem Orden dekoriert worden ist.

Soweit die Mitteilung unseres Berichterstatters. Wir werden nun sehen, ob der Bürgermeister Schmidt im Rechte war, als er sagte, in Halle nehme man die Sache auch nicht an.

Aus den Nachbarkreisen.

Aus Merseburg schreibt Genosse Mittag folgendes: Die sogenannte Berichtigung des Herrn Trautmann in der gestrigen Nummer des Volksblattes ist ein reines Unikum und ein Beweis, wie das Volksblatt manchmal malträtiert wird. Herr Trautmann will kein Denunziant sein, nur im Interesse des Vereins gehandelt haben, sowie sich dazu berufen gefühlt haben, daß endlich Aufklärung über derjichedene Vorkommnisse geschaffen wurde, die dem Verein in seiner Weiterausbreitung nur hinderlich waren. Dabei steht fest, daß er der Staatsanwaltschaft die Anzeige gemacht und durch seine Handlungsweise dem Konsumverein riesigen Schaden zugefügt hat und noch zufügt, indem er durch Abhaltung von geheimen Besprechungen im Restaurant von Ebeling die Gründung eines neuen Konsum-Vereins plant und die Mitglieder, was er selbst ausgesprochen hat, zu einem Massenaustritt zu bewegen sucht. Was ihm freilich nicht gelingt, denn jeder ehrliche Arbeiter rückt von einem freiwilligen Hilfsarbeiter der Staatsanwaltschaft ab. Ferner spricht Trautmann wieder von Unregelmäßigkeiten in den Büchern. In solcher Fassung kann sich jeder denken was er will, und ist es daher nötig zu erklären, welcher Art diese Unregelmäßigkeiten sind. Sie bestehen in Radierungen, Buchung unrichtiger Rechnungen einiger Lieferanten, indem dieselben die darauf bezeichneten Waren nach einem anderen Geschäft gesandt hatten, als wo sie hinkommen sollten und eventuell nicht rechtzeitiger Eintragungen infolge von Ueberlastung des Geschäftsführers. Das sind die so breit getretenen Unregelmäßigkeiten, Sachen, die wohl in jedem anderen Geschäft vorkommen werden und auch bei uns ins Zukunft wieder vorkommen dürften, weil sie eben beim besten Willen nicht abzuschaffen sind. Von Fälschungen in den Protokollbüchern kann nur ein Mann wie Trautmann sprechen. Jeder Mensch kann sich verschreiben. Und da das Durchstreichen solcher Stellen schlecht aussieht, so haben die Schriftführer das Verschriebene wegradiert und an die Stelle das Richtige gesetzt. Wer etwas anderes behauptet, sagt das Gegenteil der Wahrheit. Herr Trautmann hat durch sein ganzes Verhalten bewiesen, daß er entweder unfähig ist, das Amt eines Aufsichtsratsmitgliedes auszuführen oder nach einem bestimmten Ort gehört.

Schkeuditz. Endlich. Das Wochenblatt meldet: Im Hause Bahnhofstraße 50a ist am Mittwoch vormittag der Hausbrunnen geschlossen worden. Die Bewohner der Häuser 50a und 50b erhalten das Wasser zu Wirtschaftszwecken städtischerseits zugestellt. — Warum man mit dieser sofort notwendigen Maßregel so lange gewartet hat, ist nicht recht klar. Sind sich die verantwortlichen Stellen über die Gefährlichkeit der Seuche nicht früher schlüssig geworden?

Ragwitz bei Dürrenberg. Achtung, Radfahrer! Nächsten Sonntag, nachmittags 2½ Uhr, findet im hiesigen Gasthofe eine öffentliche Radfahrerversammlung statt. Nachher feiert der Arbeiter-Radfahrerverein Teuditz sein Stiftungsfest. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Sangerhausen. Zu dem Berichte „Wohlfahrts-Einrichtungen" in Nr. 213 des Volksblattes ist zu bemerken, daß die Kündigung des Kapitals der Invaliden-Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt beim hiesigen Spar- und Bauverein schon einige Zeit vor Erscheinen oben bezeichneten Berichtes zurückgezogen war. Auch sind in der am Montag, den 19. d. M., stattgefundenen außerordentlichen General-Versammlung die Geschäfte des Vorstandes wieder in sichere Hände gelegt. Die Mitglieder genannter Genossenschaft können darum beruhigt sein, da dieselbe ihre weitere ruhige Entwickelung nehmen wird.

Erwähnt sei nur noch, daß die Kündigung des Kapitals von der Versicherungs-Gesellschaft ausgesprochen wurde, da entgegen den Vorschriften der Versicherungs-Gesellschaft die Wohnungen nicht ausschließlich an in der Gesellschaft versicherte Arbeiter vermietet waren. Berechtigt ist die Erbitterung gegen diese Maßregel der Gesellschaft trotzdem.

Mühlberg a. E. (Eig. Ber.) Bei einigen hiesigen Korbmachermeistern kann der Aerger über den verflossenen Streik immer noch nicht zur Ruhe kommen. Man will sich an allen denen rächen, die den Arbeitgebern den Sieg vereitelt haben. Bekanntlich bewilligte Herr C. Apelt nach einigen Wochen den geforderten Lohn und erhielt daraufhin selbstverständlich genügend Arbeitskräfte, während die anderen mit ihren wenigen Streikbrechern tüchtig mitarbeiten mußten. Nun hatten aber schon vor dem Streik sämtliche Arbeitgeber einen Verband gegründet und sich unterschriftlich verpflichtet, nicht zu bewilligen. Ein Zuwiderhandeln solle mit einigen hundert Mark geführt werden. Selbstverständlich war Herr A. nicht gewillt, nach seinem Sündenfall ein paar blaue Scheine dem neugegründeten und jedenfalls noch kassenleer dastehenden Arbeitgeber-Verbande zu opfern. Jetzt will man nun in allem Ernste gerichtlich gegen Herrn Apelt vorgehen und auf diesem Wege das erzwingen, was gutwillig nicht geschah. Da aber erfahrungsgemäß derartige Klagen aussichtslos sind, wird Herr

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219040923-18/fragment/page=0007

A. diesem Prozeß mit aller Gemütsruhe entgegensehen können, und die Arbeitgeberschutz-Verbandskasse wird auch fernerhin nicht über Geldüberfluß zu klagen haben.

Mühlberg a. E. (Eig. Ber.) Der schon mehrfach erwähnte Arbeitgeber-Verband für das Korbmachergewerbe in Mühlberg hat seine Tätigkeit noch nicht eingestellt. Ein ehemaliger Streikender (L. Schreiber) ist kürzlich wieder nach Mühlberg zurückgekehrt, nachdem er eine Zeitlang auswärts gearbeitet hatte. Er erhielt auch Arbeit beim Korbmachermeister G. Bunke. Dieser hatte unsern Kollegen aber eingestellt, ohne die übrigen Meister vorher gefragt zu haben. Diese eigenmächtige Handlung konnte nicht gebilligt werden, zumal es sich um den Kollegen Schreiber handelte, der schon von Anfang der Bewegung auf der schwarzen Liste stand. In einer Versammlung der Arbeitgeber beschloß man, Herrn Bunke aufzufordern, bis spätestens Sonnabend unseren Kollegen zu entlassen. Namentlich waren es die Herren Gold, Becker und Brunne, die besonders darauf drangen. Wiederholt sind einzelne von diesen bei Bunke vorstellig geworden, um, ihren Beschluß zur Durchführung zu bringen. Doch vergeblich. Wie mitgeteilt wird, beabsichtigt Herr B., aus diesem Schutzverbande auszutreten und seinem Gesellen nicht zu kündigen. Ein Glück für genannte drei Herren, denn im andern Falle wäre Kollege Sch. bestimmt gegen diese Aushungerer klagbar geworden. Als Material bitten wir diesen Fall seitens der Behörden trotzdem zu sammeln.

Eilenburg. Zum Umzug. Sehr oft hört man in Arbeiterkreisen um Quartalswechsel die Frage erörtern, wann ein Logis geräumt sein muß. Der hiesige Magistrat macht hierzu, wie bei jedem Quartalswechsel, auch diesmal bekannt, daß frühere Wohnungen bis zum 4. Oktober, kleinere aber bereits am 1. Oktober geräumt sein müssen, und zwar derart, daß dieselben noch an diesem Tage bezogen werden können.

— Neue Haltestelle. Am 1. Oktober 1904 wird der an der Strecke Halle-Eilenburg zwischen den Stationen Delitzsch und Crensitz in Kilometer 32.71 neu erbaute Haltepunkt Hohenroda für den Personenverkehr eröffnet. — Das in der Nähe des zur Oberförsterei Doberschütz gehörigen Torfhauses gelegene Torfmoor brennt seit einigen Tagen unterirdisch. Der Brand dürfte mehrere Wochen andauern.

Streckau. Am vergangenen Sonntag wurde das Volksblatt zum Zwecke der Agitation in unserem Bezirke verbreitet; unsere Boten wurden überall freundlich empfangen, auch wurden mehrere Abonnenten gewonnen.

— Achtung, Bergarbeiter des Zeitz-Weißenfelser Kohlenreviers! Auf die nächsten Sonntag stattfindende gemeinsamliche Zahlstellen-Versammlung des Zeitz-Weißenfelser Reviers im Gasthaus Glück auf zu Streckau wird besonders aufmerksam gemacht. Die Mitglieder der Zahlstellen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen, damit wir uns über unsere traurige Lage aussprechen, eventuell Maßregeln treffen können, wie wir dieselbe verbessern. Die Versammlung wird Punkt 3 Uhr eröffnet.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle a. S., 20. September.

Vorsitz: Landgerichtsrat Behm; Ankläger: Staatsanwalt Jeschke.

In mehrstündiger Sitzung wurde verhandelt gegen die verehelichte Luise Röblitz geb. Paul aus Dölau, die vom Schöffengericht von der Anklage, am 18. März aus einer Miete des Bergmanns Mank drei Zentner Kartoffeln entwendet zu haben, freigesprochen worden war, wogegen der Staatsanwalt Berufung eingelegt hatte. Wegen der ganz nebensächlichen Angelegenheit war ein großer Zeugenapparat aufgeboten worden, um die Glaubwürdigkeit einiger Zeugen zu erschüttern. Der Staatsanwalt beantragte schließlich gegen die Angeklagte wegen Entwendung von Feldfrüchten 5 Mk. Geldstrafe event. 1 Tag Haft. Das Gericht verwarf aber die vom Staatsanwalt eingelegte Berufung und sprach die Angeklagte frei.

Gegen das Dynamitgesetz Vergangen haben soll sich der Steinbruchsvorarbeiter Friedrich Ständel von Siedersdorf bei Landsberg. Er soll in unzulässiger Weise im Besitz jenes Sprengstoffes betroffen worden sein. Da der Angeklagte behauptet, er habe nur den Anordnungen des Oberamtmanns gemäß gehandelt, mußte die Sache behufs weiterer Beweiserhebung vertagt werden.

Freigesprochen von der Anklage des fahrlässigen Falscheides wurde der Oberkellner Thiemke von Dessau. Er hatte für den hiesigen Kaufmann Morgenthal bei einem Wettrennen in Hannover gelegentlich eines Wettgeschäfts auf 5 Pferde 120 Mk. gesetzt und gelegentlich einer gerichtlichen Vernehmung irrtümlich etwas Falsches ausgesagt. Dieser Irrtum mußte dem Angeklagten zu gute gerechnet werden.

Wegen Betrugs wurde der Handelsmann Otto Zirkenbach aus Merseburg zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er eine neue Nähmaschine, die er mit 10 Mk. Anzahlung auf Ratenzahlungen entnommen, für 28 Mk. verkauft hatte.

Diebstähle. Der Bergmann Albert Opitz aus Ammendorf war in Gemeinschaft mit dem Arbeiter Otto Ziegler aus Beesen in der Nacht vom 26. zum 27. Juli in die Betriebe der Grube von der Heydt eingestiegen und hatten dort mehrere Flaschen Bier und ein halbes Hundert Zigarren herausgeholt. Sie waren teils geständig und wurden Opitz zu 4 Monaten und Ziegler zu 1 Woche Gefängnis verurteilt. — Wegen Diebstahls und Unterschlagung war der Hausdiener und Schreiber Kurt Strauß von hier angeklagt. Er hatte in einem Restaurant unberechtigt 20 M. Wechselgeld behalten und einem Kellner Waschstücke entwendet. Der Angeklagte wurde antragsgemäß zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Halle, 21. September.

Vorsitzender: Landgerichts-Direktor Fromme; Ankläger: Staatsanwalt Hartmann.

Gegen die Kraftfahrzeug-Verordnung verstoßen haben sollte der Fabrikbesitzer Anton Jakobi von hier, der vom Schöffengericht wegen Uebertretung der Paragraphen 28, 29 und 37 der Oberpräsidial-Verordnung vom 2. Dezember 1901 zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt worden ist, wogegen er Berufung eingelegt hatte. Er soll am Abend des 17. April in der Merseburgerstraße mit seinem Automobil an der Rennbahn in übermäßig schnellem Tempo gefahren sein und dadurch den sehr starken Verkehr gefährdet haben. Jakobi kam mit sechs anderen Autos von Weißenfels als letzter und wurde von dem Polizei-Sergeanten Ehrlich mit den Besitzern noch zweier anderer Kraftwagen wegen zu schnellen Fahrens angezeigt. Der Angeklagte bestreitet, zu schnell gefahren zu sein, da er auf einem Rade im Gummirefen keine Luft gehabt habe. Da der Polizei-Sergeant schließlich zugab, daß der Angeklagte nur etwas schneller als ein kurz trabendes Pferd gefahren sei, und damals ein lebhafter Verkehr nicht stattgefunden habe, wurde das erste Urteil aufgehoben und der Angeklagte freigesprochen.

Das Krankenkassen-Versicherungsgesetz übertreten haben sollte der Kaufmann Otto Knoll von hier. Er hatte einen vor Pfingsten in seinem Wirtschaftsgarten vom 12.—21. Mai beschäftigt gewesenen Arbeiter Adami nicht in der Krankenkasse versichert. Das Schöffengericht hatte den Angeklagten aber freigesprochen, da es sich im vorliegenden Falle nicht um einen stehenden Gewerbebetrieb sondern nur um vorbereitende Handlungen zu einem Gewerbebetrieb handelte. Gegen dieses Urteil hatte der Amtsanwalt Berufung eingelegt. Es handelte sich um die Errichtung des Wirtschaftsgartens in der Letziner Flur, wozu der Angeklagte einen Arbeiter Berger engagiert hatte. Berger hatte sich selbst in einer Kasse versichert. Als er aber die Gartenarbeit zum 1. Pfingstfeiertag nicht schaffen konnte, bekam er Auftrag, noch einen Arbeiter zu engagieren. Dies war der Arbeiter Adami, der nicht versichert war. Der Angeklagte sah Berger, der allerdings nur im Wochenlohn stand, als selbständigen Unternehmer an, und glaubte zur Versicherung nicht verpflichtet zu sein. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten der Uebertretung des § 49 des Krankenversicherungs-Gesetzes für schuldig und beantragte 3 Mark Geldstrafe eventl. 1 Tag Haft. Das Gericht verwarf aber die Berufung des Staatsanwalts und sprach den Angeklagten frei, da Adami in keinem stehenden Gewerbebetrieb arbeitete.

Kleine Chronik. Zur Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von 96 Mk. wurde der Handelsmann Franz Hahndorf von Können verurteilt, weil er ohne Gewerbeschein zum Umherziehen einen Handel mit Fellen betrieben hat. — Die Freudenmädchen Klose, Gründler und Frühling sollen zu einem Tag Haft abmachen, weil sie am 19. Mai unerlaubt in Männerkleidung ihre Behausungen verlassen hatten. — Der Arbeiter Max Bolde erhielt 6 Wochen Haft und soll der Landespolizeibehörde überwiesen werden, da er wiederholt gebettelt hat und deshalb vorbestraft ist. — Der Handelsmann Herbst hat in einer Nacht Lärm gemacht und muß deshalb 5 Mk. bezahlen.

Schöffengericht.

Kleine Chronik. Der Schachtarbeiter Adolf Schwarz aus Morl war am 18. Juli mit einem Fleischerlehrling wegen einer Anzeige, die sich auf Biergenuß in einem Laden bezog, in Streit geraten. Er schlug den Lehrling mit einem Gehstock über den Kopf und wurde deshalb zur Zahlung einer Geldstrafe von 15 M. event. 3 Tagen Gefängnis verurteilt. — Dieselbe Strafe erhielt der Steinbruchsarbeiter Adolf Liebaurant von Bennlebt, der wegen Bedrohung und Werfens mit Steinen angeklagt war. Er soll am 23. Juli einen Flurhüter bedroht haben, ihm sofort den Kopf „abzuschneiden". Auf die Frage des Richters, ob der Flurhüter diese Drohung ernst genommen habe, erklärte der Zeuge „ja". Der Richter bemerkte, daß das Kopfabschneiden eine etwas sehr schwierige Operation ist. Der Flurhüter sagte aber, er traue dem Angeklagten alles zu. — Aus Eifersucht hatte der Arbeiter Wilhelm Mitsching aus Beesen am 2. August seine frühere Geliebte, als er sie mit einem anderen Burschen erblickte, mit den Fäusten auf den Kopf geschlagen. Das Gericht verhängte auch gegen diesen Angeklagten eine Geldstrafe von 15 M. event. 3 Tage Gefängnis. — Die Handelsfrau Karoline Lorenz von Neidleburg wurde zu 3 M. Geldstrafe event. 1 Tag Haft verurteilt, weil sie eines Tages auf dem Wochenmarkte einen Polizeisergeanten „Polake" genannt hatte. — Wegen Hausfriedensbruchs wurde der Schmiedemeister Ewald Rudloff von hier zu 30 M. Geldstrafe event. 6 Tagen Gefängnis verurteilt. Er hatte am Abend des 16. Juni in einem Restaurant Skandal gemacht und sich nach mehrmaliger Aufforderung nicht entfernt.

Aus dem Reiche.

Angermünde. In Wilhelmsaue bei Wilmersdorf hatten einige Knaben einen Stall bestiegen, um von einem daneben stehenden Baume Obst zu pflücken. Ein 11jähriger Knabe stürzte herab und fiel auf ein Eisengitter, dessen Spitzen ihm in den Leib drangen; er starb bald darauf.

Karlsruhe. Dienstag abend erschoß in einem hiesigen Hotel der 19jährige Sohn des Kapellmeisters Rietz seine Geliebte, ein junges Mädchen von hier. Darauf richtete er die Waffe gegen sich selbst und verletzte sich durch drei Schüsse schwer. Das Motiv der Tat ist darin zu suchen, daß die Eltern des jungen Mannes dessen Verhältnis mit dem Mädchen nicht dulden wollten.

Saarbrücken. In der hiesigen Pulverfabrik wurden gestern infolge einer Explosion zwei Arbeiter schwer und ein Arbeiter leicht verletzt. Der eine der beiden schwerverletzten Arbeiter starb bald darauf.

München. Zu den Typhusfällen in Berchtesgaden wird amtlich gemeldet: Im ganzen sind bisher 14 Fälle vorgekommen, 3 davon in Berchtesgaden selbst. Mit dem Tode endete nur die Erkrankung einer Pflegeschwester. Die Ursache der Ausbreitung des Typhus wird in der großen Hitze des heurigen Sommers gesucht. Es ist jedoch trotzdem eine hygienische Untersuchung des Trinkwassers veranlaßt worden.

Vermischtes.

* **Peter von Mörders Gnaden** ist gestern zum König von Serbien gekrönt worden. Rußland blieb der Feier fern, da es sich nicht gezieme, bei den gegenwärtigen Zuständen einer solchen Festlichkeit beizuwohnen.

* **Fürst Herbert Bismarck** ist gestern in Friedrichsruh beigesetzt worden. — Für den Wahlkreis Jerichow haben unsere Parteigenossen wieder den Stadtv. Voigt in Gommern aufgestellt.

* **Starke Kälte.** Im gesamten Eifelgebiet ist in der verflossenen Nacht derart starker Frost eingetreten, daß früh morgens die Gewässer mit einer dicken Eisschicht überzogen waren. Die noch im Felde befindlichen Früchte sind total vernichtet, aus einzelnen Distrikten am Mittel- und Oberrhein wird scharfer Nachtfrost gemeldet, der strichweise den Weinbergen übel zugesetzt hat.

Eingesandt aus Weißenfels.

In welcher Weise der Vorstand des hiesigen Konsumvereins die Interessen der Mitglieder wahrt, geht aus folgendem hervor: Es waren an folgende Firmen Offerten betreffs der Dacharbeiten zum Bäckerei-Gebäude ausgehändigt worden: Hoppe u. Röhming-Halle, Weber Leipzig, Mechold-Weißenfels, W. Schulze-Weißenfels, O. Artmann-Weißenfels. In obigen Offerten war nun ein Passus enthalten, in welchem gesagt ist, daß bei Ausführung der Arbeit zur Konsum-Mitglieder zu beschäftigen seien. Es wurden nun folgende Preise abgegeben: Hoppe u. Röhming 1351 Mk., Schulze 1227 Mk., Weber 1190 Mark, Mechold 1212 Mk. Obwohl nun Schulze 1 Konsum-Mitglied beschäftigt und derselbe nur 37 Mk. teurer war als Weber-Leipzig, so erhielt doch der letztere den Zuschlag zur Ausführung der Arbeit. Man dürfte nun neugierig sein, was für Mitglieder die Leipziger Firma zu obiger Arbeit beschäftigen wird. Nun befinden sich in hiesiger Konsum-Verwaltung Männer, welche bei jeder Gelegenheit das Großkapital bekämpfen, und hier spielen sie einem Großkapitalisten wegen 37 Mk. die Arbeit in die Hände, noch dazu einer Firma, welche sich in keiner Weise, weder gewerkschaftlich noch politisch, der arbeitenden Klasse nutzbar gemacht hat.

Robert Prinz,
Dachdecker und Konsum-Mitglied.

Letzte Nachrichten.

Krieg in Ostasien.

Tokio, 22. Sept. Aus dem japanischen Hauptquartier wird berichtet, daß die Truppen langsam gegen Norden vorrücken. Die Vorposten stehen in fortwährendem Kontakt mit den Russen. Die Japaner bereiten sich vor, ihre Munition nach der Front zu schaffen.

Mukden, 22. Sept. Vorgestern griffen die Japaner den Dalienpaß an, 75 Werst südöstlich Mukdens. Einzelheiten über das Gefecht liegen noch nicht vor. Es handelt sich offenbar um Vorpostenkämpfe, wie sie der Schlacht bei Liaujang vorausgingen. Die gewaltsame Kundschaftung der Generale Rennenkampf und Gukoff ergab, daß die Japaner hinter dem Schleier ihrer Vorposten die Truppen nach dem Osten zu verschieben. In Mukden werden die Sanitätsanstalten stark [illegible]rt, da bald blutige Zusammenstöße erwartet werden. [illegible]sammte Lage läßt vermuten, daß die Japaner ihrer Vorliebe für das Festhalten der Gebirgsabhänge auch diesmal treu bleiben werden.

Mukden, 22. Sept. Ein aufgefangener Brief eines japanischen Offiziers spricht die Ueberraschung der Japaner über den russischen Rückzug von Liaujang aus. Die Armee Kurokis habe starke Verluste erlitten. Am 2. September habe man im japanischen Heere nicht den Eindruck gehabt, einen Sieg errungen zu haben.

Lschifu, 22. Sept. Eine Dschunke hat wichtige Depeschen von General Stößel für Petersburg geladet. Es gelang dem Fahrzeug, die Blockade zu durchbrechen. Die Japaner vor Port Arthur haben bedeutende Verstärkungen erhalten.

London, 22. Sept. Nach Depeschen aus Tokio ist Admiral Togo vor Port Arthur nach wie vor äußerst wachsam. Die Blockade ist schärfer denn je; er ordnet fast täglich Rekognoszierungen in großer Stärke an. Der Zustand des russischen Geschwaders vor Port Arthur ist trotz aller Reparaturen als hoffnungslos anzusehen; es ist zum ernsten Kampfe nicht mehr fähig, seine Ausfahrten seien nach japanischer Ansicht nicht mehr zu erwarten.

Paris, 22. Sept. Der Corrier de Journal veröffentlicht eine Information aus angeblich guter Petersburger Quelle, wonach für den Fall, daß Port Arthur noch einige Monate Widerstand leistet, das baltische Geschwader gegen die japanischen Küsten dirigiert wird, um die Japaner in ihrem eigenen Lande zu bedrohen.

Shanghai, 22. Sept. Gerüchtweise verlautet, das Geschwader vor Port Arthur habe Befehl erhalten, zu versuchen, um jeden Preis in See zu stechen und womöglich sich nach dem Hafen von Niautschou zu begeben wegen der fortwährenden Beschießung von Port Arthur von der Landseite aus.

Schanghai, 22. Sept. Die chinesische Regierung hat gegen den Abschluß des englisch-tibetanischen Vertrags Einspruch erhoben und erklärt, daß dieser Vertrag das Protektorat, welches China über Tibet ausübe, verletze.

Petersburg, 22. Sept. Das Journ. de St. Pétersbourg veröffentlicht die Nachricht, daß wegen der Vorgänge in Tibet und der Haltung der englischen Regierung eine große Aufregung entstanden sei. Das Blatt meint, daß der Passus bezüglich der Handelsbeziehungen für England nutzlos ist, da die Bevölkerung ohne jede Einnahmequelle sei. Der moralische Eindruck, den die Gebietsverletzung durch England hinterlasse, dürfte eine allgemeine Erhebung nach sich ziehen.

Paris, 22. September. Ein Zusammenstoß von chinesischen Soldaten mit einem französischen Offizier erregt in Peking Aufsehen. Der Major Larbe von der französischen Gesandtschaftswache photographierte mit seinem Diener — beide waren in Uniform — mit Erlaubnis eines Hausherrn im Tatarenviertel die verbotene Stadt. Dabei wurden sie von chinesischen Soldaten gesehen und mißhandelt. Beide flüchteten schließlich in die katholische Kathedrale. Der französische Gesandte hat bereits Sühne für den peinlichen Vorgang verlangt, der, nach dem neuerlichen Zusammenstoß zwischen chinesischen und italienischen Soldaten, sehr beunruhigend wirkt.

Briefkasten der Redaktion.

E. F. Der Rentenberechnung ist der 300fache Betrag des für den dortigen Bezirk festgesetzten ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher Arbeiter zu Grunde zu legen. Der Betrag wird doch wohl im Kreis Kalau. Dort beträgt der ortsübliche Tagelohn 1.50 Mk. Die Rente müßte demnach statt 60 Mk. 75 Mk. pro Jahr betragen. Wo Berufung einzulegen ist, ersehen Sie aus dem Rentenbescheide. Stellen Sie wieder den Antrag auf 33⅓ Prozent Rente.

101. W. Nachdem einmal fest gemietet war, konnte die Wohnung nicht wieder aufgesagt werden. Wenn Sie die Sache nicht auf gütlichem Wege beilegen können, so müssen Sie einziehen oder der Wirt kann ein Vierteljahr Miete beanspruchen.

Zimmerer. Das Eingesandt betr. Ueberstunden kann nicht eher Aufnahme finden, ehe Sie nicht angeben, ob es sich um Mitglieder des Fachvereins oder Zentral-Verbandes handelt. Warum bringen Sie die Sache nicht in der Versammlung vor? Dort dürfte der geeignetste Platz sein.

S. Sie verwechseln wohl Zivilprozeß mit Privatklage. Bei beiden ist natürlich das Verfahren beendet, sobald der Kläger die Klage zurückzieht. Der Beklagte hat nicht das Recht, die Fortführung des Prozesses zu fordern, wenn der Kläger nicht will.

E. P. Ja wo! Selbst im Inland kann die Konkurrenzklausel angefochten werden; im Auslande gilt sie erst recht nicht. Eine derartige Zeitschrift lassen Sie sich am besten von einem Annoncenbureau nennen.

G. F. in B. 1. Der Koto muß Ihnen wiedergebracht werden. 2. Sie können beim Amtsgericht auf Herausgabe klagbar werden.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Süd, Steinweg 2), 21. September.

Aufgeboten: Schlosser Heunig u. Emma Schimpf (Diemitz und Merseburgerstr. 3). Konditor Lange u. Amanda Wiedemann (Dankerode u. Lindenstr. 54). Postbote Silber u. Ida Schnert (Parkstr. 24 u. Lindenstr. 47). Kupferschmied Glaser u. Helene Hörr (Bruckdorferstr. 10 u. Liebenauerstr. 165). Kürschner Döring u. Luise Naubert (Halle u. Schkeuditz). Oberkellner Hilberg u. Marie Thiele (Halle u. Calbe (S.)). Tischler Stagnetz und Emma Friebel (Leipzig). Klempner Thurm und Anna Maynicke (Halle u. Dötzel).

Eheschließungen: Konditor Freytag und Emma Eilfeld (Zwingerstr. 21 u. Steinweg 53). Kaufmann Janßen u. Elise Eincke (Wilhelmshaven u. Kl. Brauhausstr. 21). Schneidermüller Hahnemann u. Marie Hahnemann (Kuttelhof 5).

Geboren: Fleischermeister Müller S. (Freiimfelderstr. 35). Arbeiter Weitze S. (Mühlberg 6). Bergmann Blaick T. (Spitze 9). Arbeiter Jänisch S. (Kirchenstr. 6). Sekretär Pohle Tochter (Klinik). Prof. Dr. phil. Vorländer S. (Martinsberg 4). Arbeiter Franke S. (Kl. Schloßgasse 7). Schneider Sauerbier Sohn (Dachrieftr. 8). Oberschweizer Freiburghaus S. (Böllbergerweg 93). Mechaniker Belge S. (Rannischestr. 16). Arbeiter Bielich T. (Merseburgerstr. 68).

Gestorben: Backmeisters Brückner T., 1 Mon. (Landsbergerstraße 63 a). Invalide Zinke, 22 J. (Klinik). Bergmanns Koppe Sohn, 3 J. (Klinik). Arbeiter Möbius, 68 J. (Bergmannstrost). Arbeiters Pardon S., 1 Mon. (Bäckerstr. 6). Bäckermeisters Fickert Ehefrau, 45 J. (Klinik).

Halle (Nord, Burgstraße 38), 21. September.

Aufgeboten: Fabrikbesitzer Beyer u. Hedwig Meißner (Fritz Reuterstr. 8 u. Magdeburgerstr. 26). Heizer Köhler u. Emma Pregzner (Hardenbergstr. 37 u. Richard Wagnerstr. 33). Lehrer Biedtner u. Alwine Rost (Wittekindstr. 4 u. Krukenbergstr. 13).

Geboren: Maurer Hoffmann S. (Brachwitzerstr. 4). Werkmeister Haßebrock T. (Gr. Gojenstr. 25).

Gestorben: Arbeiters Wiegandt S., 10 Mon. (Gr. Wallstraße 42). Schachtmeisters Fricke S., 8 Mon. (Geiststr. 6).

Quittung.

Lochau. Für Parteizwecke 14.30 M. Gr.

Verantwortlicher Redakteur: [illegible] Robert Fette in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219040923-18/fragment/page=0008